

Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP

- I. Forschungsstand und Quellenlage
 1. Darstellung des gegenwärtigen Forschungsstandes
 2. Arbeitsweise des SED-Parteiapparates und Archivierungsprinzipien
 3. Das organisationseigene Schriftgut von KPD und DKP
 4. Alte und neue Quellenlage
 5. Zum rechtlichen Charakter der unter Sistierungsvorbehalt gestellten Aktenbestände
 6. Lücken des Archivbestandes
 - II. Die Westpolitik der SED und die DKP 1967–1972
 1. Vorbereitung und Gründung der DKP
 2. Übergangsprobleme und Festigung des Apparates
 3. Das ungeklärt Verhältnis zwischen KPD und DKP 1968–1971
 - III. Zum apparativen Verhältnis von SED und DKP
 1. Anleitung und Kontrolle
 2. Sonderverhältnisse zwischen SED und DKP: die Kooperation der Sicherheitsdienste
 3. Finanzierung und Finanzquellen
- Schlußbemerkung
Ausgewählte Literatur
Zusammenfassung

I. Forschungsstand und Quellenlage

1. Darstellung des gegenwärtigen Forschungsstandes

Die 1956 infolge des KPD-Verbotsurteils beschlagnahmten Parteiunterlagen enthüllten, was Eingeweihte schon vorher wußten. In die legalen Strukturen der Partei waren illegale, konspirative Apparatstrukturen gleichsam eingewoben, die die lt. Parteistatut ohnehin schon spärlichen innerparteilichen demokratischen Prinzipien restlos auf den Kopf stellten. Das innere, eigentliche Parteilieben der KPD war nach den streng hierarchischen Prinzipien kommunistischer Apparatlenkung, nach den Prinzipien von Anleitung und Kontrolle organisiert.

Die deutsche Spaltung hatte freilich auch für die KPD zu einer eigenartigen

Sondersituation geführt. Obwohl formell mit einem eigenen Politbüro und Zentralkomitee in Westdeutschland versehen lag die Anleitungs- und Kontrollzentrale für die westdeutschen Kommunisten dort, wo Kommunisten die Macht schon hatten: in der SBZ/DDR. So änderte sich insofern nach dem Verbot von 1956 nichts: Alle Fäden liefen weiterhin beim ZK der SED in Ost-Berlin zusammen. In dieser Konstellation betrieb die SED eine eigenartige Doppelstrategie: Einerseits war sie durch die von den Sowjets geforderte Zwangsvereinigung mit der SPD erstmals in der deutschen Geschichte von der Mitgliederbasis her zu einer Massenpartei geworden, aber nur in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Andererseits bewahrte sie in Form der KPD eine Art gesamtdeutscher Option, denn der von der SED angeleitete und kontrollierte KPD-Apparat garantierte ihr eine Form legaler Handlungs- und Einflußnahmemöglichkeit im deutschen Nachbarstaat. Das Verbot schob dieser Option einen Riegel vor.

Die ab 1967 schrittweise verwirklichte Re-Legalisierung des über die Verbotsjahre hinweg existenten Parteiapparates wurde im Jahre 1968 schließlich als „Neu-Konstituierung“ der kommunistischen Partei vollzogen. Möglich wurde dieser vorläufige Schlußpunkt vor allen Dingen dadurch, daß die KPD sich insofern zunehmend glaubhaft als unschuldiges Verbotsopfer hinstellen konnte, als sie mit ihrer These vom parteiübergreifenden „antifaschistischen“ Konsens, der die Kommunisten geradezu konstitutiv miteinzuschließen hatte, mehr und mehr Gehör fand. Das antifaschistische Pathos der Kommunisten hatte freilich immer einen bitteren Beigeschmack behalten, weil es stets verbunden war mit ebenso penetranten Rechtfertigungen der Vorgänge im SED-Staat DDR.

Neu war an dieser „Konstituierung“ weniger, daß man nun, z.T. unter tätiger Mithilfe der damaligen Bundesregierung, streng grundgesetzkonforme Parteistrukturen nach dem Parteiengesetz zu errichten versprach, sondern daß man noch sorgfältiger auf die Abschottung des illegalen Apparates von den legalen Strukturen achtete. So läßt sich schließlich die These vertreten, daß die Mitgliederspartei DKP mit ihren zu besten Zeiten vielleicht 40.000 bis 50.000 Mitgliedern die legale Hülle und Tarnung darstellte für einen konspirativen Kern-Apparat von ca. 6000 aus der Ost-Berliner SED-Zentrale dirigierbaren Parteiaktivisten.¹ Zwar wurde nichts unversucht gelassen – das belegen nunmehr eine Fülle von Dokumenten –, auch dem legalen, viel Geld verschlingenden Teil des Parteiapparates politische Funktionen z. B. in der Wahl- und Bündnispolitik, für die DDR-Propaganda, in der Betriebsräte- und Gewerkschaftsarbeit u. dgl. zukommen zu lassen. Die Weiterexistenz des Apparates trotz aller längerfristigen politischen Erfolglosigkeit deutete jedoch daraufhin, daß es bei dieser Partei, die schließlich auf den Umfang einer größeren Polit-Sekte geschrumpft war, vor allem darauf anzukommen schien,

¹ Zur Zahlenangabe vgl. W. Mensing: Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben ..., Osnabrück 1989, S. 54.

die legale Tarnung für die Aktionsfähigkeit des illegalen Aktivisten-Apparates sicherzustellen. Bei einer Auflösung der DKP hätte sich die politische Parteienlandschaft der Bundesrepublik nicht fühlbar verändert. Aber die SED wäre ihres verdeckten Interventions-Apparates verlustig gegangen, mit dem sie immer wieder versuchte, auf die großen politischen Volksbewegungen in der bundesrepublikanischen Geschichte aufzuspringen. Als nach einer der vielen Wahlniederlagen in Ost-Berlin wieder einmal eine äußerst niedergeschlagene DKP-Spitze erschien, wurde ihr von Honecker und dem Politbüro versichert, daß die DKP nicht in erster Linie dafür existiere, um Wahlsiege zu erringen, sondern als Vorposten der historischen Mission der Arbeiterklasse gewissermaßen auf deutschem Feindesland.

Daher lautet die erste der Expertise zugrundegelegte Arbeitshypothese: Die DKP stellte für die SED in erster Linie die apparative Absicherung einer unverzichtbaren politischen Handlungsoption dar.

Je nach Standort der Verfasser und der Möglichkeit, neben veröffentlichtem Material auf andere, z. B. auch geheimdienstliche Quellen und Erkenntnisse zurückgreifen zu können, sind verschiedene Aspekte und Seiten der in unserer Zentralthese zusammenlaufenden Gesamteinschätzung der politischen Aktivität von KPD und DKP dargestellt worden. Die intimsten Einblicke in Hintergründe und politische Strukturen gaben die Arbeiten von Hans Kluth über die KPD, Helmut Bärwald und Wilhelm Mensing über die DKP-Gründung, Karlheinz Winkler über die Parteifinanzen der DKP und Wilke/Müller über die SED-Anleitung der illegalen Gewerkschaftsarbeit der KPD. Die letzte größere Untersuchung über die politische Kontinuität von KPD und DKP legte 1990 das Marburger DKP-Stadtratsmitglied Professor Georg Fülberth vor. Fülberth sah von einem ultramarxistischen Standpunkt aus das „Scheitern“ der Wahlpartei DKP schon vom Zeitraum 1974–1979 mit einer gewissen Notwendigkeit heranreifen; mit der These jedoch, ob dieses frühe Scheitern notwendigerweise auch dysfunktional für den illegalen Kernapparat geworden ist, setzte er sich jedoch nicht auseinander.

2. Arbeitsweise des SED-Parteiapparates und Archivierungsprinzipien

Um eine neue Quellengrundlage beurteilen zu können, ist es sinnvoll, etwas über den Prozeß ihrer Entstehung zu kennen.

Mit Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 9. August 1967 war für sämtliche Gliederungen der SED ein vierstufiger, einheitlicher „Einheitsaktenplan“ festgelegt worden. Alle schriftlichen Vorgänge waren gemäß diesem Klassifikationsschema Hauptgruppen, Gruppen, Untergruppen und schließlich einem speziellen Aktenbetreff zuzuordnen. Von den neun Hauptgruppen erfaßte die Hauptgruppe 70 den Aktenplan der Westarbeit, die

Gruppe 70 20 die DKP. Dieser Einheitsaktenplan bezog sich auf den laufenden Schriftverkehr.

Waren Aktenbestände hierfür nicht mehr erforderlich, mußte über Aufbewahrung oder Kassation befunden werden. Die allgemeine Grundlage hierfür bildete wiederum ein Beschluß des ZK-Sekretariats vom 8. April 1963 über „Aufbau und Aufgaben des einheitlichen Parteiarchiwesens der SED.“ Für den Übergang von lebendigen Aktenbeständen zu Archivbeständen war eine Bewertung des Schriftgutes notwendig. Die Bewertung war nach einem „Verzeichnis des historisch wertvollen Schriftgutes der SED, das ständig in den Parteiarchiven aufzubewahren ist“ (Sekretariats-Beschluß vom 5. November 1969) vorzunehmen. Genaue Anweisungen für die Bearbeiter waren in Arbeitsrichtlinien für die Parteiarchive der SED (in der letzten Version vom Januar 1979) festgelegt, wobei außerdem noch die „Hinweise für die Behandlung von Mehrfachüberlieferungen des Parteischriftgutes ab 1945“ zu beachten waren.

Die „Richtlinien zur Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut der SED“ galten für alle aktenführenden Stellen des Parteiapparates, wobei es für die Schriftgutverwaltung der Grundorganisationen eine besondere Richtlinie gab. Die Richtlinien regelten die Aufbewahrungsfristen und klassifizierten das Schriftgut nach den Aktenplanpositionen

A = archivwürdig; D = Durchsicht (mit Angabe einer Aufbewahrungsfrist); K = Kassation (mit Angabe einer Aufbewahrungsfrist)

A- und D- Positionen waren mit besonderer Sorgfalt zu behandeln, durften nicht vernichtet werden und mußten in jedem Fall an das zuständige Parteiarchiv gegeben werden.

Bis zu einer Aufbewahrungsfrist von 2 Jahren war ein vereinfachtes Kassationsverfahren zulässig, das zu protokollieren und seinerseits für mindestens 10 Jahre zu archivieren war. Schriftgut mit einer Aufbewahrungsfrist von 5 Jahren konnte nur mit Genehmigung des zuständigen Parteiarchivs kassiert werden; bei Aufbewahrungsfristen von 10 Jahren und mehr war eine Kassationskommission zu hören, der auf der obersten Ebene der Leiter des Büros des Politbüros, der Leiter des Zentralen Parteiarchivs der SED (ZPA) und der zuständige Abteilungsleiter, aus dessen Bereich Schriftgut zu kassieren war, angehörten. Die formulargebundenen Kassationsanträge und -bescheide waren ihrerseits zu archivieren.

Für die Arbeit mit Verschlusssachen gab es, zuletzt festgelegt im ZK-Sekretariatsbeschluß vom 24.8.87, eine eigene Richtlinie, die dem einheitlichen Schutz von Partei- und Staatsgeheimnissen diente und für deren Durchsetzung die Leiter der ZK-Abteilungen sowie die Sekretäre und Abteilungsleiter der jeweiligen Parteileitungen zuständig waren. Es waren die folgenden Geheimhaltungsgrade vorgesehen:

GKdos = geheime Kommandosache; GVS = geheime Verschlusssache; VVS = vertrauliche Verschlusssache und VS = Verschlusssache.

A- oder D-klassifizierte VS-Sachen waren an sog. Interne Parteiarchive nach sowjetischem Vorbild abzugeben. Deren Signaturen (vgl. dazu in den Anmerkungen unten) beginnen daher mit einem „J“. Die Kassationsordnung war analog anzuwenden. Da sich nach Einschätzung von Sachkennern insbesondere in den 80er Jahren geradezu ein VS-Sachen-„Unwesen“ einbürgerte, nahm die Bedeutung der Internen Parteiarchive entsprechend zu.

Die in dieser Expertise im Vordergrund stehenden ZK-Abteilungen „Arbeitsbüro“ und Westabteilung sind selbst von den Archivaren hinsichtlich der Bestands- und Archivgutbildung nur sehr schwer einzuschätzen. Da beide Abteilungen neben denen für die innere Sicherheit zwei äußerst heikle außenpolitische Bereiche umfaßten, ist mit einiger Sicherheit davon auszugehen, daß hier auf eine sehr korrekte Arbeitsweise geachtet worden ist.

3. *Das organisationseigene Schriftgut von KPD und DKP*

Beim Verbot der KPD 1956 waren den Staatsschutz-Behörden große Mengen an organisationseigenem Schriftgut der KPD in die Hände gefallen. Ganzen Jahrgänge an Aktenvorgängen waren damit für eine Archivierung im Zentralen Parteiarchiv der SED, das nach Intention der SED das zentrale Archiv der deutschen Arbeiterbewegung werden sollte, ausgefallen. Dringend sprach der Parteiarchivar der SED, Heinz Voßke in einem internen Schreiben die Ermahnung aus, Schriftgut der KPD, sofern es denn überhaupt noch vorhanden sei, aufzubewahren und nach den gleichen Prinzipien wie SED-Schriftgut zu bearbeiten und an das Zentrale Parteiarchiv (ZPA) abzugeben.² 1969 wurde eine Konzeption für den Zeitraum 1970 bis 1980 entworfen, zielgerichtet eine Komplettierung des organisationseigenen Schriftgutes der KPD in Westdeutschland anzustreben und hierzu alle nur erdenklichen Möglichkeiten der Archivalienerschließung in Form von illegaler Verfrachtung in die DDR, des offiziellen Dokumentenankaufs, der Kopierung oder Mikroverfilmung zu nutzen. Am 1. Juli 1971 wurde in einem Gespräch zwischen Heinz Voßke und dem zuständigen Sekretär der DKP für internationale Verbindungen festgelegt, daß es nunmehr die Aufgabe des DKP-Präsidiums ist, stellvertretend für die SED auf dem Gebiet der Bundesrepublik bei dieser Aufgabe zu helfen. Als Punkt 3 enthielt die Vereinbarung die Festlegung, daß auch Schriftgut der DKP an das ZPA abzugeben sei.

2 SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV A 2/9.07/278.

4. *Alte und neue Quellenlage*

Darstellungen über die KPD wie auch über die DKP konnten stets nur aus begrenzten Quellen schöpfen. Die wohl wichtigsten Einblicke in das apparative Innenleben der KPD gestatteten die auf der Grundlage des KPD-Verbots beschlagnahmten Unterlagen. Die Arbeit von H. Kluth (vgl. oben) fußte wesentlich auf diesen Materialien. Auch die Publikation von Wilke/Müller (vgl. oben) fußte auf internen Materialien der Gewerkschaftskommission der KPD. Darüber hinaus waren Untersuchungen jedoch auf veröffentlichte Verlautbarungen der Apparate selbst angewiesen wie auf Materialien aus den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten. Zuweilen gab es Arbeiten, die über den veröffentlichten Materialbestand hinaus aus Quellen schöpfen, die sie jedoch nicht vollständig preisgaben.

Eine unten noch näher zu erläuternde „Festlegung“ zwischen SED und DKP von 1968 führte nach Auskunft der Archivare dazu, daß sämtlicher Schriftverkehr der DKP, der über den im Parteiengesetz festgelegten Umfang hinausging und soweit er nicht sofort kassiert wurde, nach Ost-Berlin abgeführt und dort nach Prinzipien des SED-Archivwesens als eigener Bestand im ZPA der SED geführt wurde.

Diese Regelung war nicht nur aus praktischen Gründen sinnvoll, denn teils legal, teils illegal waren Teilbestände des Archivs der KPD der Westzonen, später der Bundesrepublik in die DDR gebracht worden. Nach Gründung der DKP wurden im Zeitraum zwischen 1968 und 1971 Teile des bis dahin versteckt gehaltenen, nicht beschlagnahmten historischen Archivs der KPD ebenfalls in die DDR gebracht. Ab Anfang der 80er Jahre lagerte dieser Bestand der KPD-West in teilweise bearbeitetem, teilweise völlig ungeordnetem Zustand ohne jedes Hilfsmittel im Zentralen Parteiarchiv. Die Umfangsangaben schwanken zwischen 25 und 80 laufenden Metern Aktenbestand. Sie sollen sich inzwischen in einem äußerst beklagenswerten Zustand befinden, denn die Lagerung in ungeeigneten Magazinräumen führte zu heftigem Schimmelbefall und damit zu einer akuten Gefährdung kompletter Aktenbestände. Damit drohen historisch einzigartige Quellen unwiederbringlich verloren zu gehen.

1. Empfehlung: Unabhängig von der Eigentumsfrage sollten schnelle Schritte zur Sicherung und Erschließung dieses historisch einmaligen Bestandes unternommen werden.

Als 1992 diese Bestände zusammen mit den archivarisch völlig unbearbeiteten Beständen der DKP aus der Zeit von 1969 bis 1982 auf Betreiben der DKP aus dem ZPA herausgelöst und beim Parteivorstand der PDS zwischengelagert wurden, konnten die Archivare nach eigenem Bekunden eine stichprobenartige Grobsichtung vornehmen und protokollieren. Danach soll von der Gründung der DKP an ein relativ großer Zeitraum mit einer sehr guten Überlieferungsdichte erfaßt sein: einer guten Registratur sowie nach Prinzipien

der Aktenbildung und -strukturierung aufgebaut, die darauf schließen ließen, daß diese zentrale Ablage des Parteivorstandes nach Aktenplan gebildet und ohne größere Kassationen erhalten worden ist. Diese Überlieferung soll sich auf die zentrale Ebene (Präsidium, Parteivorstand, Sekretariat) und auf einige Landesverbände erstrecken.

Der Gutachter hofft, mit dieser groben Beschreibung des Archivierungswesens der SED und der DKP der Enquête-Kommission eine Vorstellung von den vorhandenen und noch zu erwartenden Materialien vermitteln zu können.

Die entscheidende Grundlage in jeder Beziehung stellen jedoch die beim ZK der SED selbst angelegten „Befehlsakten“ dar, die der Anleitung und Kontrolle der KPD und später DKP-Parteiapparate dienten. Sie sind durch Sistierung des Vermögens der SED bereits jetzt in erheblichen Teilen zugänglich und wurden im derzeit möglichen Umfang den wesentlichen Aussagen dieses Gutachtens zugrundegelegt.

Aus ihnen geht hervor, daß die KPD von einer eigenen ZK-Abteilung, genannt „Arbeitsbüro“ mit Max Spangenberg als Abteilungsleiter und Herrmann Matern als zuständigem Politbüromitglied „angeleitet“ wurde. Diese Abteilung existierte zunächst auch nach der DKP-Gründung zunächst weiter, ebenso wie auch KPD und DKP bis 1971 nebeneinander existierten, stellte dann aber 1970 ihre Arbeit ein.

Die Anleitung der DKP erfolgte zunächst auch aus der Abteilung „Arbeitsbüro“, dann jedoch aus der schon vorher existierenden Westabteilung des ZK-Apparates.³ Anders als die Abteilung „Arbeitsbüro“ in den letzten Jahren vor ihrer Auflösung führte und koordinierte die Westabteilung jedoch die gesamte, nach der Bundesrepublik gerichtete politische Aktivität der SED. Leiter waren seit 1960 Heinz Geggel und seit 1973 (bis zu seiner Entfernung 1985) Herbert Häber.⁴ 1984 wurde die Westabteilung in Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) umbenannt. In den Aktenbeständen aller drei Abteilungen konnten wichtige Aktenfunde zum Untersuchungsgegenstand gemacht werden. Wichtige Teilbestände befanden sich aber auch im Dienstsachlaß des für Geggel und Häber zuständigen Politbüromitgliedes Albert Norden (Bestand Büro Norden), für die Gründungsphase der DKP auch im Dienstsachlaß von Walter Ulbricht (Bestand Büro Ulbricht). Die Bestände Politbüro des ZK und Sekretariat des ZK waren weit weniger wichtige Fundstellen, weil in der Regel die Befassung und Beschlußfassung zwar protokolliert worden ist, aber die wichtigen Anlagen in vielen Fällen fehlten und erst in den Ablagen der Abteilungen zu finden waren. Regelmäßig wurden im Sekretariat des ZK z. B. die routinemäßigen Jahres- und Halbjahrespläne der Zusammenarbeit zwischen SED und DKP behandelt und verabschiedet. Aus den

3 Zur Entstehungsgeschichte dieser Abteilung vgl. die Darstellung von J. Stadt: Die geheime Westpolitik, a.a.O., S. 26 ff.

4 Vgl. G. Buch: Namen und Daten wichtiger Personen der DDR, 3.A., Bonn 1982.

Plänen zur kulturpolitischen Zusammenarbeit wird z. B. ersichtlich, welche Devisenaufwendungen die SED für einige ihrer Propagandaveranstaltungen in der Bundesrepublik, ausgenommen freilich die großen UZ-Pressefeste, aufbrachte. Die politisch-operative Arbeit wurde hier jedoch nicht behandelt. Sie wurde offensichtlich im direkten Verhältnis der DKP-Führung zur zuständigen ZK-Abteilung bzw. im unmittelbaren Kontakt beider Partespitzen behandelt.

Es wurden die folgenden Quellenbestände für dieses Gutachten herangezogen:

Bestand Politbüro ZK der SED

Bestand Sekretariat ZK der SED

Bestand ZK-Abteilung „Arbeitsbüro“

Bestand Westkommission beim Politbüro

Bestand ZK-Abteilung West

Bestand Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft (IPW)

Bestand Büro Walter Ulbricht

Bestand Büro Albert Norden

Bestand Institut für Marxismus-Leninismus (IML)

Bestand Nachlaß Richard Scheringer

Bestand Nachlaß Max Reimann (nur als Hinweis)

Derzeit ist jedoch noch eine Beschränkung der Quellenzugänglichkeit gegeben, als die Bestände der Westabteilung erst bis zum Jahresstand 1971 vollständig bearbeitet sind und deswegen erst bis zu diesem Zeitpunkt einen kompletten Überblick über die Bestandslage der Stiftung im Bundesarchiv gestatten. Die Bestände nach 1971 befinden sich zum größeren Teil erst in der Bearbeitung und konnten zunächst nur in einer sehr vorläufigen Weise zur Beurteilung herangezogen werden. Ein kleinerer Teil war bereits voll erschlossen, jedoch war hierfür eine deutlich geringere Nachweisdichte an Dokumenten zum Untersuchungsgegenstand feststellbar. Es ist daher anzunehmen, daß es hier im Laufe des Erschließungsprozesses noch erhebliche Zugänge an themenrelevanten Beständen geben wird.

2. Empfehlung: Aus dem genannten Grunde wird der Enquête-Kommission empfohlen, zu einem späteren Zeitpunkt für die Aktenbestände 1972 ff. der ZK-Abteilungen West und IPW einen neuen Rechercheauftrag zu vergeben.

Auffallend war an diesen vorläufig bearbeiteten Beständen, daß für den Zeitraum ab 1978 auch die Tageskorrespondenz mit dem dafür zuständigen Sekretär für Internationale Verbindungen der DKP, Karl Heinz Schröder, überliefert ist und damit auch die große Dichte und Detailliertheit der Anleitung der DKP aus dem SED-Apparat heraus sichtbar wird. Bis in Petitesse hinein war die DKP-Führung entweder direkten Anweisungen des ZK-Apparates unterworfen oder bat selbst unterwürfigst um die als „Ratschläge“ und „Hilfen“ umschrie-

benen Anweisungen. Klar geht aus dieser Korrespondenz hervor, daß die DKP-Spitze kaum einen eigenen Handlungsspielraum besaß noch wünschte. Regelmäßig wurden ihre Spitzenkader zu konspirativen Konsultationen mit der SED-Spitze einbestellt. Das überlieferte Schriftgut belegt eindeutig, daß die DKP-Führung keine öffentliche Äußerung von einiger Tragweite tat, wenn diese nicht zuvor im Apparat des ZK genehmigt worden war. In besonders heiklen Fällen ging dieser Genehmigungsvorbehalt soweit, daß Reden oder Erklärungen von Parteivorstandsmitgliedern selbst vor eigenen Parteigremien nicht nur bei der zuständigen Westabteilung des ZK, sondern auch beim sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin oder bei ZK-Mitgliedern der KPdSU zuvor schriftlich einzureichen waren. Nichts deutet darauf hin, daß es sich hier um einen eigenständigen Parteiapparat gehandelt haben könnte. So war es auch nicht verwunderlich, daß im Konflikt mit der Fraktion der „Erneuerer“ in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die DKP genau über dieser doppelten Loyalitätsanforderung zerbrach.

5. *Zum rechtlichen Charakter der unter Sistierungsvorbehalt gestellten Aktenbestände*

Nach der dem Gutachter gegebenen Auskunft hat die DKP im Jahre 1992 unter Hinweis auf ihren Datenschutzanspruch als noch existente Partei und auf die personelle Kontinuität zwischen KPD und DKP die Herausgabe der Aktenbestände sowohl der KPD-West wie auch der DKP verlangt.

Das Argument der personellen Kontinuität wäre auf seiten der DKP nicht nur vollkommen neu, sondern auch im Hinblick auf deren gesamte bisherige Argumentation ungewöhnlich. Bekanntlich hat die DKP seit 1968 darauf bestanden, keine Nachfolge- oder Ersatzorganisation der verbotenen KPD zu sein. Dies war schon allein deswegen erforderlich, um zu verhindern, daß das Parteivermögen und schriftliche Unterlagen jeglicher Art jederzeit hätten beschlagnahmt werden können. Zwar enthielt das Verbotsurteil die Klausel, daß die Partei im Falle gesamtdeutscher Wahlen wieder zugelassen werden müsse. Aber ein derartiger Antrag ist m.E. bisher auch von seiten der DKP, vorausgesetzt, sie wäre dazu überhaupt antragsberechtigt, nicht gestellt worden. Selbst wenn es also Rechte Dritter am Schriftgut der KPD-West gegenüber der Stiftung Parteien und Massenorganisationen geben sollte, so gäbe es doch allemal ein aus dem Verbotsurteil folgendes staatliches Durchgriffsrecht auf diese Unterlagen, denn bekanntlich sind die Länder der DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetreten.

3. Empfehlung: Unabhängig von dieser Rechtsauffassung des Gutachters wird der Enquête-Kommission jedoch empfohlen, beim Bundesverfassungsgericht eine Auskunft über die Rechtslage nach eingetretener Wiedervereinigung einzuholen.

Über alledem ruht jedoch der aus DDR-Zeiten stammende, in das vereinigte Deutschland mit hinüber genommene Beschlagnahme-Beschluß des SED-Vermögens. Da die bereits heute aufgefundenen Materialien eindeutig belegen, daß die KPD-West wie die DKP Teile des unter rein taktischen Gesichtspunkten an die jeweilige bundesdeutsche Rechtslage assimilierten Westapparates der SED waren, ist der Beschlagnahme-Beschluß auf die Archiv- und Schriftgutbestände aller drei Parteien analog anzuwenden. Anschließend wären diese Dokumentenbestände der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Einwendungen des Datenschutzes wären hierbei nur insoweit zu berücksichtigen, als schutzwürdige Interessen des laufenden Parteibetriebs und bestimmte Schutzfristen dem entgegenstehen. Andererseits wäre eine staatsanwaltschaftliche Beschlagnahme der DKP-Unterlagen u.U. sogar geboten, wenn hinreichender Verdacht besteht, daß die DKP gegen grundlegende Vorschriften des Parteiengesetzes verstoßen hätte. Dies betrifft insbesondere die Fragen ihrer Finanzierung und die damit verbundene gesetzliche Pflicht zur Offenlegung von Sach- und Geldspenden.⁵

6. *Lücken des Archivbestandes*

Die Bestände des ehemaligen ZPA decken im wesentlichen den Schriftverkehr der politischen Anleitung der DKP von der Seite der SED ab. Schriftstücke von KPD und DKP finden sich darin nur insoweit, als der SED-Apparat Adressat betreffender Schreiben war oder es bei den intensiven bürokratischen Abstimmungsprozeduren zwischen den Parteiapparaten üblich war, die Schriftstücke untereinander auszutauschen. Der Anteil an eigenem Schriftverkehr, der auch über Interna berichtet, ist bei der KPD etwas höher, da deren Politbüro seit 1956 unter den direkten Auspizien der SED, nämlich im Büro des persönlichen Referenten von Ulbricht, Wolfgang Berger („Büro Berger“), tagte und Schriftverkehr zwischen beiden Parteien durch einfachen Bürobotengang zu erledigen war. Für die DKP konnte dies nicht gelten. In ihren Büros sollte vom Grundsatz möglichst wenig verräterischer Schriftverkehr lagern. Parteiinterna wurden daher dem ZK der SED oft nur mündlich überbracht und erst in Ost-Berlin von den Gesprächspartnern als Gesprächsnotizen fixiert. In besonderen Fällen verfaßte der Parteivorsitzenden eigenhändig handschriftliche Notizen und Nachrichten für das ZK der SED, die erst dort maschinenschriftlich transkribiert und in dieser Doppelform abgelegt wurden. Ein großer Teil des für die Jahre 1972 ff. aufgefundenen Schriftgutes, das ganz offensichtlich noch nicht einer letzten Kassationsüberprüfung unterworfen worden war, war mit einer Fülle von Banalitäten befaßt. Hier war also ein qualitativer Wechsel im Charakter des Archivgutes selbst festzustellen, wobei freilich aus der Fülle

⁵ Vgl. hierzu unten.

alltäglicher Nichtigkeiten erkennbar wird, womit sich die beiden Apparate wechselseitig beschäftigt haben.

Für alle diese Materialien ist jedoch festzustellen: Fragen der apparativen und operativen Finanzierung spielen in ihnen überhaupt keine Rolle. Nach Auskunft aller Fachleute ist diese strikte Trennung darauf zurückzuführen, daß alle diese Vorgänge über die konspirative Abteilung Verkehr des ZK abgewickelt wurden, deren Akten- und Archivbestände entweder unzugänglich oder vernichtet sind.

Dieser Sachverhalt bedarf jedoch einer differenzierten Erläuterung. Bekanntlich legte der Einheitsaktenplan der SED Ablage- und Archivierungsprinzipien für alle Abteilungen des ZK der SED fest. Es wäre also zunächst zu prüfen, ob diese Prinzipien uneingeschränkt oder aber nur eingeschränkt, und dann ggf. mit welchen Einschränkungen auf das Schriftwesen der Abteilung Verkehr angewandt wurden. Dieser Einwand ist deswegen bedeutsam, weil es Sicherungsverfilmungen von ZK-Schriftgut gegeben hat, die in die Sowjetunion gebracht worden sind. Freilich sollen diese Verfilmungen nur bearbeitete Bestände, d.h. bereits archivierte Materialien erfaßt haben. Wenn dies aber in einem üblichen Umfang auch für die Archivalien der Abteilung Verkehr gegolten haben sollte – und da die Archivalien vor allem im Hinblick auf eine Rechtfertigung der Apparate vor der Geschichte angelegt wurden, stellt sich die Frage, warum ein wichtiger Teil des Apparates auf eine Darstellung seiner Ruhmesgeschichte verzichten sollte – dann könnte eine Klärung der internen Verfahrensweise insofern einen wichtigen Beitrag leisten, als die Wahrscheinlichkeit umrissen werden kann, mit der bei einem Wiederauftauchen der Sicherungsverfilmungen dann auch mit Material der Abteilung Verkehr zu rechnen wäre.

4. Empfehlung: Die Enquete-Kommission sollte den nach Informationen des Gutachters bereits vom Bundesarchiv betriebenen Klärungsprozeß über den Verbleib der Sicherungsverfilmungen beobachten und ggf. einen erneuten Recherche-Auftrag zum Verhältnis SED-DKP ins Auge fassen.

Anhörungen im Schalck-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages wie auch Dokumentenveröffentlichungen in den ersten Teilberichten legen darüberhinaus die Vermutung nahe, daß diesem Ausschuß Unterlagen zur Verfügung stehen, die weitere Aufschlüsse über Finanztransfers zugunsten der DKP geben.

5. Empfehlung: Nach der Freigabe dieser Dokumente sollte mithilfe einer Zusatz-Expertise die Frage der illegalen Finanzierung der DKP aus dem Firmenkonglomerat des Bereiches Kommerzielle Koordination heraus neu eruiert werden. Darüberhinaus sollten die erweiterten Kompetenzen einer parlamentarischen Kommission direkt nutzbar gemacht werden, um auch die Wortprotokolle der einschlägigen Zeugenvernehmungen der wissenschaftlichen Auswertung zugänglich zu machen. Über das Sekretariat der Enquete-

Kommission ist bereits eine Anfrage an den Untersuchungs-Ausschuß gerichtet worden.

Nach Auskunft der Archivare der Stiftung sollen die Bestände der KPD-West vor ihrer Archivierung dem Zugriff der Westabteilung und des Ministeriums für Staatssicherheit unterworfen gewesen sein. Der Umfang dieses Zugriffs ist dem Gutachter unklar. Diese Aussage dürfte vor allem für politisch-operative Einzelvorgänge, aber auch für die Sicherung und Verwaltung der Kaderunterlagen von KPD und DKP und für die Unterlagen der zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) der KPD und der Schiedskommission der DKP zutreffen. Dies gilt umso mehr, als die Schiedskommission der DKP auch mit der Enttarnung von „Agenten“ und „Provokateuren“ beauftragt war, also gewissermaßen als der parteiinterne Geheimdienst fungierte, der den illegalen Apparat innerhalb der legalen Strukturen abzusichern hatte. Dieser Aktenbestand dürfte jedoch im Sicherheitsapparat der SED geführt worden sein, denn nur ganz sporadisch finden sich in den Unterlagen der Westabteilung Papiere des DKP-Vorstands über parteiinterne Sicherheitsprobleme. (Vgl. dazu die Darstellung unten.) Die in den Akten nachweisbaren Mitgliedsbuchumtauschaktionen nach SED-Vorbild von 1975 und 1979 scheinen jedoch einen weniger inquisitorischen Charakter gehabt zu haben, als die vom Gutachter in einer früheren Darstellung vermutet worden ist.⁶ Nach vorläufiger Aktensichtung scheinen diese Aktionen mehr der Erfassung des tatsächlichen Mitgliederbestandes, seiner soziologischen Struktur und in gewissem Umfang der Einschätzung der politischen Mobilisierbarkeit der Mitgliedschaft gedient zu haben. Die Mitgliederentwicklung der DKP zeigt nämlich eine enorm hohe Fluktuation. Insbesondere im Zusammenhang mit ihrem kampagnemäßigen Auftreten vermochte es die Partei immer wieder, Scharen von neugierigen, vor allem jugendlichen Mitgliedern in die Partei zu spülen, die jedoch in der Regel in der Größenordnung von 2/3 bis zu 4/5 die Partei innerhalb der ersten zwei Jahre enttäuscht und desillusioniert verließen. Von daher läßt sich die These vertreten, daß die regelmäßigen politischen Mobilisierungskampagnen auch ein Mittel waren, den oben beschriebenen Widerspruch zwischen Partei- und Apparaterfordernissen zu überdecken. Freilich stürzte die Partei bekanntlich hier zugleich in die fundamentalen Krisen ihrer Existenzgeschichte: ihre Positionen zum Militäreinmarsch in die CSSR, zur Ausweisung von Biermann, zur Kriegsrechtsverhängung in Polen, schließlich zum Gorbatschowschen Reformprogramm waren zugleich immer auch entscheidende Zäsuren im Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Partei. Von daher wäre also eine Längsschnittuntersuchung der tatsächlichen Mitgliederentwicklung der DKP und der Auswirkungen ihres in der bundesdeutschen Parteienlandschaft einzigartigen Instruments des Mitgliedsbuchumtausches ein weiterer lohnenswerter Gegenstand.

6 Vgl. Wilke/Müller u. a.: Die DKP, a.a.O., S. 121 ff.

Im Zusammenhang mit der Gründung der DKP war darüberhinaus von einer „OKK“ (wahrsch. operativen Kontrollkommission) als dem Ort, an dem die Kaderunterlagen aufzubewahren wären, die Rede. Dieser Begriff wurde im untersuchten Schriftgut später nicht mehr verwendet.

6. Empfehlung: Ebenso wie bezüglich der Abteilung Verkehr sollte bezüglich der ZK-Abteilung Sicherheitsfragen bei jeder gravierenden Änderung der Archivlage dieser Bezug zum Sicherheitsapparat der DKP bedacht werden.

Ganz ähnliche Aussagen gelten auch für den Militär-Apparat der DKP, dessen Existenz erst nach der Wende öffentlich bekannt wurde. Diese Aktivitäten müssen absolut konspirativ und unter fast völliger Abtrennung von der politischen Anleitung abgewickelt worden sein. Unterlagen finden sich hierzu im ehem. ZPA nicht. Nach Presseberichten ist diese Bürgerkriegs- und Sabotagegruppe der NVA und dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellt gewesen.⁷

7. Empfehlung: Es sollte eine diesbezügliche Anfrage an die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen über die Nachweisbarkeit derartiger Unterlagen dort gerichtet werden. Ein gleicher Recherche-Vorlauf sollte bezüglich der bereits teilweise zugänglichen Militärarchive der NVA unternommen werden.

Arbeitshypothese:

Im Folgenden nun eine grob chronologische und sehr selektive Einzelübersicht aus den bisher zugänglichen Dokumenten zu einigen ausgewählten Themenfeldern, deren Materiallage sich nach Einschätzung des Gutachters durch die Funde im ehem. ZPA deutlich verändert hat. Bei der Ausarbeitung dieser Passagen hat sich die Tragfähigkeit der folgenden generellen Arbeitshypothese ergeben:

Eine „Partei“ ohne Personalhoheit, Schriftgutverwaltung und Finanzquellen ist nicht selbständig. Daraus folgt, daß die DKP faktisch als ein Bestandteil des West-Apparates der SED betrachtet werden muß. Im Kern stellte die DKP für die SED die apparative Absicherung einer unverzichtbaren politischen Handlungsoption dar.

⁷ Vgl. u. a. Der Spiegel, Nr. 1, 2 und 4/1990. Danach geht die Bildung der Militärorganisation auf eine Absprache zwischen Ulbricht und Reimann zurück, die später von Honecker und Mies erneuert worden sein soll. (Vgl. Nr. 4/1990, S. 89.) Hieraus ergäbe sich durchaus ein zusätzliches Argument in der Motivlage Reimanns, Ulbrichts Drängen zur Gründung der DKP und zur Auflösung der KPD nachzugeben.

II. Die Westpolitik der SED und die DKP 1967–1980

1. Vorbereitung und Gründung der DKP

Seit dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht hatten sich die in der Bundesrepublik verbliebenen Kader auf ein Katz-und-Maus-Spiel mit den Staatsschutzbehörden eingelassen. Kommunistische Propagandaarbeit war nicht per se verboten, sondern nur ihr organisierter Zusammenhang. Durch strikte Einhaltung konspirativer Regeln mußte daher die legale Arbeit der KPD als das Tun isolierter Individuen erscheinen. Die KPD operierte dabei nach der Taktik des Austestens von Toleranzschranken. Zwar ließen sich Verhaftungen und politische Prozesse gegen Kommunisten propagandistisch verwerten; aber letztlich führte dies doch zu einem erheblichen Hemmschuh für die ambitiöse politische Arbeit, die nur legal durchzuführen war. In einer „Information Nr. 54“ hatte die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) der KPD eine kritische Bestandsaufnahme für Politbüro und Sekretariat der KPD zum Verhältnis von legaler und illegaler Arbeit erstellt. Ausführlich wurden die Schwachpunkte in der Durchführung der neuen Parteistrategie erörtert, die justizmäßige Verfolgung der illegalen Parteiarbeit mithilfe legaler Propaganda- und Entrüstungsaktionen zu konterkarieren. Der illegale Hintergrund dieser Aktionen sollte dabei durch strikte Einhaltung konspirativer Regeln abgesichert werden. Schlußfolgernd hieß es in dem Papier: „Damit bewahrheitet sich die These, daß die Staatsschutzorgane und die Justiz dort erfolglos sind, wo die Partei eine breite legale Tätigkeit entwickelt und dabei die konspirativen Regeln beachtet.“⁸ In der Praxis war dies jedoch kaum durchzuhalten. Die Folge davon war, „daß die umfassende Aufgabenstellung der Partei einen gewissen Widerspruch zwischen Einhaltung der Regeln der Konspiration und der Aufgabenstellung hervorbringt. Die Verschärfung der politischen Situation stellt die Partei vor immer größere und komplizierte Aufgaben.“⁹ Der Apparat war nunmehr auch bereit, über seinen eigenen bürokratischen Schatten zu springen. Um erste Schritte zu legalen Bezirksleitungen zu ermöglichen, wurde die Pflicht zu schriftlichen Abrechnungen aufgehoben, die schriftliche Berichterstattung an übergeordnete Parteileitungen auf die wichtigsten Schwerpunkte begrenzt und die Überbringung dieser Berichte durch konspirative Kuriere und nicht Mitglieder legaler Bezirksleitungen angeordnet.¹⁰

Im Januar 1967 hatte die SED als ihre Reaktion auf die Bildung der Regierung der Großen Koalition in Bonn mit der Tilgung aller gesamtdeutschen Reminiszenzen im offiziellen Sprachgebrauch der DDR begonnen.¹¹ Dies

8 Information der ZPKK an das PB und Sekretariat [der KPD], Nr. 54, 10.2.1967. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–92.

9 Ebda.

10 Die „Information“ nimmt Bezug auf einen früheren Beschluß eben dieses Inhalts.

11 Vgl. dazu die Darstellung von J. Stadt, a.a.O., S. 233 ff.

hatte ein interessantes Detail zur Folge. Am 5. Januar 1968 legte der Leiter der Abteilung „Arbeitsbüro“ des ZK der SED, Max Spangenberg, einen an Mitglieder und Kadidaten des SED-Politbüros gerichteten Entwurf einer „Information über die 11. Tagung des ZK der KP Westdeutschlands“¹² zur Genehmigung vor. Nicht nur der differenzierende Sprachgebrauch („KP Westdeutschlands“) war neu; die Information berichtete auch sehr kritisch über erhebliche Mängel im Referat von Max Reimann an das ZK der KPD und vermerkte zufrieden, daß die Mehrheit der KPD-Politbüromitglieder auf SED-Vorhaltungen offen Selbstkritik geübt hatte. Kristallisationspunkt der Kritik war, daß die KPD mit einem neuen Programm vor die bundesrepublikanische Öffentlichkeit treten wollte, aber die eigene Führung ihrem Apparat nicht plausibel machen konnte, wofür dies eigentlich gut sein sollte: „Im Referat fehlte es jedoch an einer prinzipiellen und umfassenden Begründung dafür, warum die Kommunistische Partei im gegenwärtigen Zeitpunkt mit einem Programm vor die Arbeiterklasse und die ganze werktätige Bevölkerung der Bundesrepublik tritt.“¹³ Geradezu unkalkulierbar schien aus SED-Sicht jedoch die Einschätzung des Grundgesetzes durch die versammelten KPD-Politbüromitglieder zu sein. Alarmiert vermerkt die „Information“: „Eine große Rolle spielte in der Diskussion die Einschätzung des Klassencharakters des Bonner Staates und die Stellung der Kommunistischen Partei zum westdeutschen Grundgesetz. Dabei wurde ersichtlich, daß es in Teilen der Partei darüber erhebliche Unklarheiten gibt, die bis zu opportunistischen Positionen gehen.“¹⁴

Abgesehen von diesen internen Unklarheiten im Detail war man im generell unstrittigen Bestreben um eine Relegalisierung der KPD schon einen Schritt weiter gegangen. Am 15. Februar 1967 hatte sich ein „Initiativausschuß für die Wiedezulassung der KPD“ gebildet, am 28./29. Oktober 1967 wurde in Essen die „Arbeitsgemeinschaft politischer Jugendclubs in Nordrhein-Westfalen“ gegründet. Im Zusammenhang mit der 11. ZK-Tagung der KPD faßte dann deren Politbüro den Beschluß, einen sozialistischen Jugendverband zu bilden und ein Institut für Marxistische Studien und Forschungen in der Bundesrepublik zu eröffnen. Der Beschluß wurde umgesetzt, indem am 27./28. Januar 1968 ein Ausschuß zur Gründung der SDAJ ins Leben gerufen wurde und noch 1968 das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt am Main mit dem relegalisierten KPD-Altakader, Ex-Volkskammerabgeordneten und ZK-Funktionär der SED, Josef Schleifstein, als Leiter gegründet wurde.¹⁵

12 SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–4.

13 Ebda.

14 Ebda.

15 Spangenberg hatte am 2.4.1968 im Namen von Kurt Hager dem KPD-Politbüro das Einverständnis der SED zur Gründung eines solchen Instituts mitgeteilt. (SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–5.)

Der Programmwurf der KPD, mit dem die Propaganda-Offensive zur Relegalisierung der Partei eingeleitet werden sollte, wurde zwischen dem 15. und 22. Januar 1968 von einer Politbüro-Delegation, bestehend aus Herbert Mies, Max Schäfer, Josef Schleifstein und Willi Mohn dem ZK der KPdSU höchstpersönlich in Moskau zur Genehmigung unterbreitet.¹⁶ Der Propaganda-Coup gelang freilich nicht: Der „Überrumpelungsversuch“¹⁷, auf einer mediengerecht inszenierten Pressekonferenz am 8. Februar 1968 den Programmwurf zu präsentieren, schlug fehl; zwei der prominenten KPD-Funktionäre, die aus Ost-Berlin extra eingereist waren, wurden festgenommen, die Programmbroschüren beschlagnahmt. Der direkte Durchmarsch der KPD-Funktionäre aus der Illegalität in die Legalität trotz Verbots war damit zwar gestoppt. Aber nichts erhellte die öffentliche Überzeugung, die Aussetzung des KPD-Verbots werde die innere Sicherheit der Bundesrepublik nicht mehr tangieren können, mehr als die Tatsache, als daß die Festgenommenen nur 6 Tage später auf einer Pressekonferenz mitten in Bonn nunmehr völlig unbehelligt auftreten konnten.

Der organisatorische Fehlschlag, an dem auch die flugs eingeleitete Entrüstungskampagne nichts ändern konnte, zeitigte intern alsbald Folgen.

In einer handschriftlichen Information setzte der Leiter der Abteilung „Arbeitsbüro“, Spangenberg, Albert Norden davon in Kenntnis, daß das Politbüro der KPD „sofort nach Ostern“ die verfahrenere Lage beraten solle anhand eines Fahrplanes der SED, der offensichtlich schon feststand und der auch die KPD nicht von der Entschlossenheit der SED-Führung aussparte, alle gesamtdeutschen Reminiszenzen im eigenen Herrschaftsbereich konsequent auszulöschen. Der entscheidende Tagesordnungspunkt dieser Sitzung sollte lauten: „Vorbereitung der Umbenennung der Partei in 'KP der Bundesrepublik' (oder ähnlich) entsprechend der konkreten Situation in Deutschland (auch unter Berücksichtigung unserer neuen Verfassung!)“¹⁸ Interessant an diesem Papier ist, daß Spangenberg auf gravierende Einschätzungsunterschiede zwischen der Abteilung „Arbeitsbüro“ und dem KPD-Politbüro und insbesondere mit Max Reimann hinweist: „Nach Information von unseren Genossen des Politbüros will Genosse M.R. [= Max Reimann] eine Entscheidung herbeiführen, daß es bei der KPD bleibt.“ Deutlich wird auch, welche Rolle das ins Politbüro der KPD delegierte SED-Mitglied Erich Glückauf in derartigen Fällen zu spielen hatte: „Ich habe mit Gen. Glückauf besprochen, daß bei Gefahr einer solchen Entscheidung Aufschub eines Beschlusses vorgeschlagen wird, um nochmal mit KPSU und SED darüber zu beraten.“¹⁹

16 Information „Arbeitsbüro“, 16. Januar 1968, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–4.

17 W. Mensing: Nehmen oder Annehmen, a.a.O., S. 69.

18 Handschriftliches Papier „Genossen Norden zur Information ... Max Spangenberg“, 3. S. o.D., mit dem Zusatz von fremder Hand: „April 1968“. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV A 2/2.028–16. Eine maschinenschriftliche Fassung in SAPMO-BARCH ZPA-Sgn. IV A 2/2.028–19.

19 Ebda.

Über den Verlauf der Politbüro-Sitzung fertigte Spangenberg am 20. April 1968 in 2 Exemplaren eine „Erste Information“ an.²⁰ Nach diesem Bericht hat Reimann im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die weitere Verfahrensweise mit dem Programmentwurf der KPD unvermittelt die Frage gestellt: „Oder wollen wir einen neuen Namen und ein neues Programm? Genosse Reimann plädierte dann sehr stark und sehr gefühlsmäßig für die Beibehaltung des bisherigen Namens der Partei, der mit dem Herzblut jedes Kommunisten verbunden sei.“²¹ Spangenbergs Ausführungen fassen eine offenbar erregte Diskussion unter den KPD-Funktionären zusammen, da Reimann die Legitimation eines früheren KPD-Politbürobeschlusses, die Partei auf „Empfehlung“ der SED umzubenennen, rundweg bestritt. Spangenberg protokollierte, daß der SED-Apparat Reimanns krankheitsbedingte Abwesenheit genutzt hatte, Überzeugungsarbeit zu leisten: „Alle sechs Genossen, die bisher in der Diskussion das Wort ergriffen haben, sprachen sich für eine Änderung des Namens der Partei in dem von den Genossen der SED empfohlenen Sinne aus. Das betraf auch die Genossen, die sich bisher einem solchen Vorschlag gegenüber ablehnend und reserviert verhalten hatten.“²² Ulbricht hatte somit dafür gesorgt, daß Reimann in seinem eigenen Politbüro isoliert war.

Nichtsdestotrotz: Nur einen Monat später leistete sich die KPD-Führung eine neue Eigenmächtigkeit. Auf einen Beschwerdebrief von Mies, Schäfer und Thiele an die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt an den Bundesjustizminister Heinemann verwiesen. Nun lag von diesem ein Gesprächsangebot vor, und das Politbüro der KPD hatte ohne Rücksprache mit der SED mehrheitlich entschieden, dieses Angebot anzunehmen und Schäfer und Thiele als Gesprächspartner benannt.²³ Mies, Schleifstein und Glückauf hatten dagegen votiert, den Beschluß aber nicht verhindern können. Dieser Vorstoß stand in eindeutigen Gegensatz zur gültigen Beschlußlage, nämlich einem Votum Ulbrichts während einer gemeinsamen Beratung beider Politbüros schon Ende Januar 1967. Hier hatte Ulbricht seine Ablehnung dezidiert geäußert, die von SPD-Seite gebauten goldnenen Brücken zur Wiederezulassung der KPD zu beschreiten: „Brandt hat erklärt, er sei zwar nicht gegen die Legalität der KPD, aber die KPD müsse bestimmte Bedingungen erfüllen; nicht nur das Grundgesetz anerkennen, sondern auch ihre Treue zu diesem Staat erklären; d.h. zuerst wird die KPD zerschlagen und dann wird sie als revisionistisch

20 Erste Information über die Beratungen der Vollsitzung des Politbüros des ZK der KPD, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV A 2/2.028-17.

21 Ebda.

22 Ebda.

23 „Arbeitsbüro“ 20.5.68. Genossen Erich Honecker. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-4.

umgebildete Sekte anerkannt.“²⁴ Diese Aussagen verhinderten freilich nicht, daß Ulbricht und das Politbüro der SED eigene Pläne mit der KPD verfolgten. Am 5. Dezember 1967 anläßlich der gemeinsamen Beratung des Programm-entwurfs der KPD hatte er die KPD-Führung dann freilich doch vor vollendete anti-gesamtdeutschen Tatsachen stellen wollen: „Nach meiner Meinung müßt ihr euch KP der Bundesrepublik nennen. Was ist denn dabei? Es gibt zwei deutsche Staaten, es gibt die SED in der DDR, daran ist nichts zu ändern, und in der Bundesrepublik die Kommunistische Partei der Bundesrepublik. Damit seid ihr in Westdeutschland vollständig legalisiert, seid ihr keine Partei, die von Berlin aus importiert wurde. Wie ihr das macht, welche Erklärung ihr darüber abgibt, das müßt ihr euch überlegen.“²⁵ Die Gründung einer separaten KP in Westdeutschland war aus einer prinzipiellen Sache zu einem Punkt taktischer Sprachakrobatik herabgesunken, die Prinzipientreue nur noch vorspielen sollte. Brandts Angebot kam ihm von der Sache her zupaß. Nur der Gesichtsverlust war zu vermeiden.

Nur deswegen offensichtlich mußte am 20. Mai Spangenberg den ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, Erich Honecker, in dieser Frage nun erneut alarmieren. (Allein schon diese Konstellation ist bezeichnend: Das Beschluß-Ansinnen der „befreundeten“ Partei ruft den Staatssicherheits-Sekretär des ZK auf den Plan.) Nur 2 Tage später konnte Spangenberg an Honecker allerdings berichten, daß der Druck auf die KPD-Führung Erfolg gehabt hatte und das Gespräch mit Heinemann mit einer politischen Begründung wieder abgesagt worden war.²⁶ Das Schreiben an Honecker enthüllt aber erneut, daß Reimann, der damals schon erstlich erkrankt war, alle Beratungstermine zwischen den Politbüros von SED und KPD zu blockieren drohte, wenn nicht gleichzeitig seine Anwesenheit und die von Ulbricht sichergestellt waren.²⁷ Reimann und Teile der KPD-Führung bestanden somit auf einem Procedere von Partei zu Partei. Daß die Vorbehalte der SED gegen Mitglieder des KPD-Politbüros nicht aus der Luft gegriffen schienen, belegt eine vom „Arbeitsbüro“ angefertigte Notiz über ein Gespräch mit Grete Thiele. Tenor des Papiers ist, zu belegen, daß die KPD-Führung dem verschärften Konfrontationskurs der SED gegen die neue Ostpolitik der großen Koalition und dem begleitenden Propagandageschrei gegen die Notstandsgesetze (man sprach jetzt offiziell von „Ermächtigungsgesetzen“) nur bedingt zu folgen bereit war.²⁸ Mehrfach wird festgestellt, daß „nicht verstanden“ wird, daß die KPD-Genossen „noch

24 „Arbeitsbüro“ an Genossen Paul Verner, 28.5.68, Anhang, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-4.

25 Ebda.

26 „Arbeitsbüro“. SED-Hausmitteilung, 23.5.68. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-4.

27 Ulbricht hatte ursprünglich nur Hager, Verner, Axen, Geggel und Spangenberg als Gesprächspartner benannt. „Arbeitsbüro“ an Genossen Paul Verner, 28.5.68, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-4.

28 „Arbeitsbüro“, 23. Mai 1968: Hauptpunkte aus einem Gespräch mit Genossin Grete Thiele, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-5.

nicht erfaßt haben“, daß es „Unverständnis“ und „Ablehnung“ für die dem Augenschein kraß widersprechende SED-Sichtweise der Dinge gäbe.

Ulbricht habe dann auf der SED-Politbüro-Sitzung am 8. Mai in der ihm eigenen drastischen Weise die Linie vorgegeben. Während die KPD-Führung mit den Varianten Relegalisierung oder Neugründung im Benehmen mit der Bundesregierung für sich den politischen Durchbruch schaffen wollte²⁹, plädierte Ulbricht für weiteres Taktieren und eine Instrumentalisierung des politischen Schwebezustandes. Die von der KPD mit Blick auf die Bundestagswahlen 1969 forcierte Programmdiskussion hielt er für verfrüht. Freilich hielt er seinerseits an der Fiktion einer „kämpferischen antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ aus Teilen der außerparlamentarischen Opposition fest, auf die er die KPD festlegen wollte. Deren Erfolg bzw. Mißerfolg erst wollte er zur Meßlatte für die Wahltaktik der KPD machen. Die Frage der Legalität der KPD wollte er erst mithilfe dieses Vehikels „Einheitsfront“ lösen, nicht aber in Gesprächen mit der Bundesregierung. Ulbricht bestand also auf einer Politisierung des Legalisierungs-Dilemmas, während die KPD-Funktionäre nach einer praktischen Lösung suchten.³⁰ „Was die Frage des Namens der Partei angeht“, fuhr Ulbricht fort, „so ist das Sache ihres Parteitages, das zu beschließen und wir werden ihnen nur sagen: Wenn ihr Fehler macht, habt ihr das selbst zu verantworten. Wir haben unsere Meinung deutlich gesagt und werden uns dazu nicht mehr äußern.“³¹ Auch zur Gründung des IMSF hatte sich Ulbricht dezidiert geäußert: „Was die Bildung eines Instituts für marxistische Studien und Forschungen in Westdeutschland angeht, so geht es den Genossen dabei wahrscheinlich um die Finanzierung; das ist ganz einfach: Geld gibt es dafür nur im Rahmen des Etats.“³²

Am 29. Mai 1968 fand dann die von der KPD gewünschte Beratung der beiden Parteispitzen in einer „sehr aufgeschlossenen und freundschaftlichen Atmosphäre“ statt.³³ Sie offenbarte den von der SED geschürten tiefen Dissens in der Führung der KPD selbst. Einig war man sich, den Angeboten der Bundesregierung zur Neugründung einer Partei nicht zu folgen, wenn damit die Abgrenzung von der SED, von der Sowjetunion und vom Marxismus-Leninismus verbunden wäre. Man wollte zu einer legalen Partei kommen,

29 Wolfgang Seiffert, damals Mitarbeiter der KPD-Gewerkschaftskommission in Ost-Berlin, hat die Stimmungslage der exilierten KPD-Funktionäre in einem Gespräch mit dem Verfasser zum Ausdruck gebracht: „Ich war ja persönlich darauf orientiert, nicht in der DDR zu bleiben. Ich befand mich sozusagen in einem politischen Asyl und immer in der Hoffnung, daß irgendwann die Gelegenheit kommt, daß ich in die Bundesrepublik zurück kann.“ (Wilke/Müller: SED-Politik gegen die Realitäten, a.a.O., S. 200.)

30 Ihre Illusionen waren groß genug, denn sie dachten ernsthaft daran, eine Änderung der Verfassung oder zumindest des Bundesverfassungsgerichts-Gesetzes erwirken zu können.

31 „Arbeitsbüro“ an Genossen Paul Verner, 28.5.68, a.a.O. Spangenberg hatte diese Äußerungen Ulbrichts in der Politbüro-Sitzung notiert und teilte sie nun an Verner mit.

32 Ebda.

33 „Arbeitsbüro“, 31. Mai 1968: „Information über die Beratung mit einer Delegation des Politbüros des ZK der KPD am 29. Mai 1968“, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–76.

aber nicht auf dem von Ulbricht vorgezeichneten Weg. Reimann brachte in der Aussprache den Dissens innerhalb der KPD-Führung und mit der SED-Führung, der sich für ihn an der Namensfrage festmachte, noch einmal auf den Punkt, indem ihn das Papier mit folgenden Worten zitierte: „Seiner [d.h. Reimanns] Ansicht nach seien die Gründe für eine Änderung nicht stichhaltig genug; er stimme deshalb nicht zu. Für den Namen KPD sprächen nationale Gründe, weil darin zum Ausdruck kommt, daß die KPD an der Perspektive eines einheitlichen deutschen Nationalstaates festhält. Auch klassenmäßige Gründe sprächen für die Beibehaltung des eng mit der Arbeiterklasse verbundenen Namens KPD. Es treffe ihn besonders schwer, daß es Genossen sind, die zu diesem Schritt raten... Eine Namensänderung würde auch die vom Gegner verfolgte Absicht der Neugründung einer ihm genehmen Partei unterstützen.“³⁴ Reimann scheint jedoch in der Minderheit gewesen zu sein, denn die flexiblere Ulbricht-Linie wurde von dem Politbüromitglied Josef Ledwohn, unterstützt durch Politbüro-Kandidaten Herbert Mies und den ZK-Mitarbeiter Manfred Kapluck vertreten. Ledwohn plädierte dafür, „ausgehend von dem Programm, von einem neuen Statut und mit einem neuen Namen die Partei auf einem legalen Parteitag in der Bundesrepublik *zu konstituieren*. Sollte der Gegner diesen Schritt als Neugründung deklarieren, so brauche das die Kommunisten nicht zu stören. Entscheidend sei, daß die legale Konstituierung der Partei auf der Basis eines marxistisch-leninistischen Programms und Statuts erfolgt. Entweder kommt die Partei damit durch oder der Gegner wird vollkommen entlarvt; auf jeden Fall werde sein Manöver mit einer Neugründung durchkreuzt.“³⁵ Einig war man sich über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg jedoch darin, daß „die Legalität der Partei nicht durch Verhandlungen in den Schoß fällt, sondern nur durch die Erweiterung ihrer Massenbasis...“³⁶

Die SED-Vertreter brachten des Gespräch immer wieder auf die „Notwendigkeit eines völlig neuen Weges der Bundesrepublik“, worunter die Ulbrichtsche Strategie einer kommunistisch dominierten Wahlplattform-Partei verstanden wurde, und warnten vor Illusionen einer Relegalisierung der Partei angesichts der Möglichkeiten der Notstandsgesetze. Der Kern des Dissenses bestand darin, daß die SED sofort mit einer lockeren Bündnisformation Politik machen wollte, während die KPD zunächst die eigene gesicherte Politikfähigkeit erlangen wollte. Das bedeutete, wie eine am 10. Juni verfaßte interne Argumentation des „Arbeitsbüros“ formulierte, „die Politik der Zusammenarbeit mit der Masse der Sozialdemokraten als einen der strategischen Grundpfeiler unserer Politik zu betrachten. Für uns ist und bleibt der sozialdemokratische Arbeiter

34 Ebda.

35 Ebda. Gemeint ist natürlich: ... sein Manöver einer Neugründung...

36 Ebda.

unser Klassengenosse, dem wir nicht seine Partei rauben . . . wollen...“³⁷ Im Kern drehte sich der Konflikt daher um diesen Punkt: Die SED wollte einen Apparat in Westdeutschland – den hatte sie; die KPD-Führung aber wollte ihre Partei – die aber war (noch) verboten.

Ulbrichts Bündnisstrategie hatte freilich eine entscheidende Voraussetzung. Die Kampagne gegen die Notstandsgesetze (die Verwendung des Begriffs „Ermächtigungsgesetze“ machte deutlich, daß die SED-Führung die aktuelle Situation gewissermaßen als analoge Wiederholung der Situation von 1933 interpretierte) durfte nach Verabschiedung der Gesetze, d.h. nach Fortfall des Katalysators der Kampagne, nicht in sich zusammenfallen. Auf seiner Sitzung am 11. und 12. Juni 1968 befaßte sich das Politbüro der KPD daher mit dieser Thematik.³⁸

In einem undatierten Papier von Mitte Juni hatte Spangenberg unter dem Titel „Entwurf: Zu den Fragen Westdeutschlands“ Äußerungen von Ulbricht zum weiteren Vorgehen in Westdeutschland zusammengestellt. Ulbrichts Bündniskonzept, für das er einen funktionierenden Apparat benötigte, wurde nun als „Volkspartei für den demokratischen Fortschritt“ konkretisiert.³⁹ Spangenberg notierte sodann folgenden Dialog mit Ulbricht: „(Zwischenfrage: Müssen die westdeutschen Kommunisten dieser Partei angehören?) [Antwort:] Nicht unbedingt, nicht legal, sie müssen drin sein. (Zwischenfrage: Sie müssen eine doppelte Parteimitgliedschaft haben?) [Antwort:] Die Kommunistische Partei arbeitet als Partei in dieser Volkspartei halblegal weiter und hat ihre Leute in dieser Volkspartei.“⁴⁰ Der Dissens zu Reimann war damit offensichtlich.

Der Machtpolitiker Ulbricht erläuterte nun sein Konzept: Die Forderung nach einer Aufhebung des KPD-Verbots hielt er zwar für richtig, aber auch für unrealistisch. Für Tatsache hielt er demgegenüber, daß die KPD sowieso längst zur Kommunistischen Partei der Bundesrepublik geworden wäre, diese „Realität“ also anerkennen und sich folglich auch so nennen und als solche konstituieren sollte. Hierfür sei nach Gesetz noch nicht einmal eine Genehmigung erforderlich. „Wenn sie als Kommunistische Partei der Bundesrepublik in die Legalität geht, dann wird sie zwar schikaniert; aber bis zu den Wahlen kann sie arbeiten. Sie geht in die Legalität mit dem beschlossenen Programm. Daran wird nichts geändert.“ Ulbricht blieb aber dabei, daß seine Priorität auf dem Konzept einer Volkspartei für demokratischen Fortschritt ruhte, die neben vielen linken Notstandsgegnern

37 „Arbeitsbüro“, 10. Juni 1968: Zur Problematik der Aktionseinheit, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–14.

38 Beschluß der Vollsitzung des Politbüros vom 11./12.6.1968: Vorschläge zur Weiterführung der Bewegung, die sich im Kampf gegen die Notstandsgesetze entwickelt hat. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–67.

39 o. Verf. undat. Sp/Gn. – 2 Ex. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–53.

40 Ebda.

auch für sozialdemokratische Protestwähler wählbar war, und nicht auf dem Konzept einer legalisierten KPD dem Namen nach, für die dies genau nicht galt: „Wenn man diese demokratische Massenpartei schaffen will, braucht man zumindest eine halblegale KPD, die lenkt und beeinflusst. Die Schaffung der Volkspartei des demokratischen Fortschritts setzt die Vertiefung der Krise in der Sozialdemokratie voraus.“⁴¹

Ulbricht las die Situation freilich in der schrillen Begrifflichkeit von 1933: der Übergang von der Alleinherrschaft der CDU zur Großen Koalition unter Beteiligung der SPD käme dem Übergang „von der faschisten Herrschaft mit Hitler zur faschistischen Herrschaft ohne Hitler“ gleich. Kontaktwillige SPD-Genossen mußten daher mit der Frage: „Bist Du für das System des Monopolkapitals oder bist Du dagegen?“ gleichsam argumentativ entwaffnet und auf die eigene Seite herübergezogen werden. Auf die skeptische Zwischenfrage, ob die anvisierte Volkspartei eine Massenpartei werden könne, entgegnete Ulbricht: „Wir haben keinen anderen Weg! Vielleicht werden am Anfang nicht so viele beitreten, aber Wählerstimmen wird sie bekommen... Es muß die Perspektive für ein anderes System dargestellt werden, das noch nicht der Sozialismus ist... Wir haben doch in der deutschen Arbeiterbewegung diese Erfahrung schon ein paar Male gemacht: Die Opposition in der Sozialdemokratie und in anderen Parteien macht niemals den Sprung direkt zur Wahl von Kommunisten oder zur Kommunistischen Partei, sondern sie macht es immer über eine Zwischenpartei. Das war im ersten Weltkrieg die USPD, in der Weimarer Republik die SAP. Das heißt, wenn wir Sozialdemokraten und andere gewinnen wollen, muß eine solche breite Partei geschaffen werden.“ Und in Abwandlung seines berühmten Ausspruches von 1945 fügte Ulbricht hinzu: „Sie [die Kommunisten] sollen die Initiative haben, aber sie sollen nicht von führender Rolle reden – das hat gar keinen Sinn!“⁴² Mit seiner immerwährenden Wiederholung politischer Analogien zu den 20er und 30 Jahren richtete Ulbricht freilich die an die KPD-Genossen adressierte Realismus-Frage permanent gegen sich selbst. Seine Konzeption stand und fiel mit der Angemessenheit seiner Analogien.

Entgegen der Annahme von Mensing, der die Vorbehalte zur DKP-Gründung eher auf Seiten der SED vermutete⁴³, scheint es genau umgekehrt gewesen zu sein. Schon am 25. Juni ergriff das „Arbeitsbüro“ gegenüber den noch zaudernden KPD-Funktionären⁴⁴ die Initiative und traf in einem Papier unter

41 Ebda.

42 Ebda.

43 Vgl. W. Mensing: Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben ..., a.a.O., S. 26 ff.

44 Am 13.6. entwirft der Apparat der KPD in einer Vorlage an das Politbüro zum 12. Jahrestag des Verbots abermals ein Konzept zur Wiederzulassung der KPD bzw. nach Aufhebung des Verbots. („Achim. 13.6.1968: Vorlage an das Politbüro: Weiterführung des Kampfes für die Aufhebung des KPD-Verbotes mit Höhepunkt 12. Jahrestag des Verbots“, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–67.) Aus SED-Sicht mußte es so erscheinen, als ob schon das bloße Gesprächsangebot

dem Titel: „Über die weitere Entwicklung der Kommunistischen Partei in Westdeutschland“ dezidierte Festlegungen. Es gliederte sich in insgesamt 4 Punkte. Punkt 1 formulierte im Stil des Usurpators die ideologische Rechtfertigung einer separaten KP-Gründung in der Bundesrepublik in der Weise, daß sie dies dem eigenen, sich soeben noch sträubenden Statthalter gleichsam in den Mund legt. Kostprobe: „Als Partei des arbeitenden Volkes der Bundesrepublik vollzieht sich unser gesamtes Wirken auf dem Boden dieses Staates...“ – „Hier in der Bundesrepublik haben wir unsere Heimat; wir kommen aus diesem Volk...“⁴⁵ Wohlgemerkt: Dies formulierten Ost-Berliner SED-Funktionäre!

Punkt 2 entwarf unter der Bedingung, daß das Politbüro (der SED) endgültig grünes Licht gibt, einen Konstituierungs-Fahrplan, der bereits sämtliche später realisierten Schritte enthielt. Punkt 3 formulierte Schritte für die Phase nach erfolgter Gründung. Im Kern stand dabei das von Ulbricht bereits skizzierte Konzept einer antifaschistisch-demokratischen Volkspartei, jetzt als „Union des demokratischen Fortschritts“ bezeichnet, die die legale KP nun „lenkend beeinflussen“ sollte. Sogleich wurde auch das Konzept einer legalen Parteizeitung als „Sprachrohr“ und „kollektiver Organisator der Partei“ entworfen. Punkt 4 skizzierte einige Organisationsprobleme (schnellstmögliche Übersiedlung und Legalisierung des illegalen Apparates zur Schaffung legaler Arbeitsmöglichkeiten, Aufbau eines einheitlichen Schulungssystems). Punkt 5 wandte sich dem heiklen Verhältnis der neuen, angeblich rein bundesdeutschen Partei zur SED zu. Kritisch bemerkte das Papier: „Unter den veränderten Bedingungen ist die Sicherung einer richtigen politischen Linie von entscheidender Bedeutung. Das wird schwieriger als bisher...“⁴⁶ Das Papier wies daher auf Schlüsselfunktionen, die bei aller äußeren Selbständigkeit unter absolutem SED-Einfluß bleiben sollten: der ZK-Apparat der SED hätte stets dafür zu sorgen, daß die Führung der neuen Partei fügenlos die Position der SED vertritt, daß die neue Partei keinerlei Befugnis hat, selbständig strategische und taktische Überlegungen auszuarbeiten und Schulungsmaterialien zu entwerfen; daß schließlich in allen ideologischen Fragen die Letztentscheidung bei der SED liegen sollte, was in der Praxis bedeutete, daß in jede politische Selbstrechtfertigung der neuen Partei der Existenznachweis der SED und ihres Staates unabdingbar eingebaut werden mußte. In das Grundverständnis der neuen politischen Partei war damit das Selbstverständnis als Anerkennungspartei der SED in der Bundesrepublik konstitutiv mit eingebracht. Und

der Bundesregierung die KPD-Führung dazu gebracht hatte, sich auf diese Option zu versteifen derart, daß man glaubte, die Bundesregierung gleichsam durch das Nadelöhr Wiederzulassung/ Verbotsaufhebung der alten KPD zwingen zu können. Im Gegensatz dazu hielt die SED diese Option schlichtweg für „gegenwärtig und in absehbarer Zukunft nicht real.“ („Arbeitsbüro“, 25.6.68, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–223.)

45 „Arbeitsbüro“ an Genossen Hermann Matern, 25.6.68, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–223.

46 Ebd.

gewiß drückte diese detaillierte Vorgabe auch gewisse Reserven vor den intellektuellen Fähigkeiten der designierten Parteiführung aus. Politische Initiativen der Partei sollten bis ins einzelne gehend von der Abteilung „Arbeitsbüro“ erarbeitet werden. Das Kaderschulungssystem sollte durch organisatorische Vorkehrungen unter strikter Kontrolle der SED bleiben.

Die Initiative lag jetzt eindeutig bei der ZK-Abteilung „Arbeitsbüro“. Fast täglich wurde mit neuen Konzept-Papieren und Memoranden der SED-interne Klärungsprozeß vorangetrieben. Aus den Dokumenten geht hervor, daß das Politbüro der KPD in seiner Sitzung am 18./19.Juni 1968 dem Druck der SED nachgegeben und den Neu-Konstituierungsbeschluß der SED nachvollzogen hat.⁴⁷ Am 28. Juni legte das „Arbeitsbüro“ ein Memorandum zur Verwendung des Begriffs „Neukonstituierung“ vor, plädierte statt des vorgesehenen schwerfälligen und langwierigen Gründungsprozesses über etliche Monate stattdessen für eine kurz entschlossene Gründungskonferenz gleich zu Beginn. „Damit existiert die Partei nach Verfassung und Parteiengesetz... In diesem Augenblick können alle Organisationen der bisherigen illegalen KPD sofort als Organisationen der auf der Konferenz konstituierten Kommunistischen Partei der Bundesrepublik legal zusammentreten und in der Öffentlichkeit aktiv werden. Der auf der Konferenz gewählte Vorstand kann dann ganz normal als zentrale Leitung der Partei in vollem Umfang tätig werden.“⁴⁸

Zur Überführung aller führenden KPD-Funktionäre in die neue Partei plädierte das Papier ebenfalls für ein entschlossenes Vorgehen: Entscheidend muß doch sein, die Arbeiterklasse wie auch den Gegner mit der Konstituierung einer Kommunistischen Partei mit neuem Programm und neuem Statut zu konfrontieren und dabei sofort die führenden Funktionäre der jetzigen KPD in Erscheinung treten zu lassen. Dabei kann durchaus aus Sicherheitsgründen so verfahren werden, daß nicht alle führenden Funktionäre ständig in der Bundesrepublik tätig sind, sondern wechselseitig hier am Sitz des ZK.⁴⁹

Interessant waren auch Überlegungen auf SED-Seite zum weiteren Verhältnis von KPD und der neuen Kommunistischen Partei. Die KPD sollte danach nicht aufgelöst werden. Insoweit kam man der emotionalen Lage der westdeutschen Kader entgegen. Aber ihre politische Aufgabe sollte zusammen mit dem Wirken für eine gesamtdeutsche Option ins historische Abseits gestellt werden: „Die KPD führt unter den Bedingungen des noch nicht voll restaurierten Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland den Kampf für den Sturz des Adenauer-Regimes mit dem Ziel, die Vertiefung der Spaltung durch das deutsche Monopolkapital zu verhindern und die baldige Wiedervereinigung

47 Noch eine Woche später moniert Spangenberg an Matern, daß noch nicht einmal die Beschlußformulierungen selbst bei ihm eingetroffen wären. Vgl. ebda.

48 „Arbeitsbüro“, 28.Juni 1968: Bemerkungen zum 'Plan zur Durchführung der Beschlüsse vom 18./19.6.68', SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-223.

49 Ebda.

Deutschlands durch den vereinten Kampf aller antifaschistisch-demokratischen Volkskräfte auf deutschem Boden herbeizuführen. Das gelang nicht, und die Entwicklung hat für eine vorläufig nicht absehbare Zeit zur Herausbildung zweier deutscher Staaten mit diametral entgegengesetzter gesellschaftlicher Ordnung und Politik geführt.⁵⁰ Die bisherige politische Konzeption der KPD wurde somit als Sachgasse beschrieben, aus der es durch den Zwang einer „neuen verschärften Etappe“ nur einen Ausweg gäbe: eine Kommunistische Partei der Bundesrepublik.

Ein zweites Papier der Abteilung „Arbeitsbüro“ vom selben Tag machte mit der Rechtslage nach Grundgesetz und Parteiengesetz bei der Gründung von Parteien vertraut und gab zusätzliche rechtstaktische Hinweise. Z.B. diesen: „Eine Partei kann ebenso auf Länderbasis gegründet werden, es wäre dabei denkbar, z. B. die Konstellation einer sozialdemokratischen Regierung mit Kühn an der Spitze in Nordrhein-Westfalen auszunutzen, um von dort erst einmal zu starten.“⁵¹ Das Papier legte sodann eine Argumentation fest, um den entschiedensten Gegner einer Neugründung, Max Reimann, von diesem ganzen Prozeß faktisch auszuschließen. Es stellte fest, daß Reimann zwar nicht mehr aufgrund des KPD-Verbots, wohl aber wegen Staats- und Verfassungsverleumdung in der Bundesrepublik jederzeit strafrechtlich belangt werden könnte. Dies konnte nun die Begründung dafür abgeben, Reimann unter eine Art wohlmeinender staatlicher Schutzhaft der DDR zu stellen.

Die KPD-Führung scheint danach nun endgültig auf Ulbrichts Doppelstrategie eingegangen zu sein. In einem Papier vom 29. Juli 1968 entwarf ihr Wahlkampfstab streng vertrauliche „Empfehlungen für Vorbereitungen zur Bildung des Aktions- und Wahlbündnisses 1969“.⁵² Dies war Ulbrichts Konzept einer breit wählbaren antifaschistisch-demokratischen Volkspartei, die die Ablehnung der Notstandsgesetze zum hauptsächlichen Ziel erklären sollte.

Über den Besuch einer KPD-Delegation in Moskau unter Leitung von Max Reimann⁵³ sagen die bislang aufgefundenen Papiere nichts. Nur aus einer Tagesordnung des KPD-Politbüros ohne Anlagen geht hervor, daß in der Sitzung am 29./30. August über eine Aussprache der KPD-Führung mit Ulbricht und Vertretern des Politbüros des ZK der KPdSU berichtet werden sollte.⁵⁴ Bezeichnenderweise waren Planungen für die Neukonstituierung der westdeutschen Partei hier nicht als Tagesordnungspunkte vorgesehen,

50 Ebda.

51 „Arbeitsbüro“, 28. Juni 1968: „Bestimmungen über die Gründung bzw. Konstituierung von politischen Parteien in der Bundesrepublik (1t. Grundgesetz Artikel 21 und Parteiengesetz von 1967)“, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-14.

52 Wahlkampfstab, 29.7.1968. Streng Vertraulich! Empfehlungen für Vorbereitungen zur Bildung des Aktions- und Wahlbündnisses 1969, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-68.

53 Vgl. hierzu Neues Deutschland, 14.7.1968, zit. nach: W. Mensing: Wir wollen unsere Kommunisten ..., a.a.O., S. 27.

54 Vollsitzung des Politbüros am 29./30.8.1968, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-68.

wohl aber ein TOP zur „Weiterführung des Kampfes um die Legalität der Partei“. ⁵⁵

Inzwischen war freilich eine im Fahrplan der SED nicht vorgesehene Komplikation eingetreten. Mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR war das außerparlamentarische Bündnis, in das sich die Kommunisten geräuschlos hatten einfügen können, ins Wanken geraten. Prominente Apo-Sprecher wie W. Abendroth und A. Klönne, aber auch Kommunisten hatten dezidiert gegen die militärische Okkupation Stellung bezogen. An dieser Frage drohte nun das Bündnis zu scheitern. Die SED gab freilich der KPD keinerlei taktischen Spielraum, sondern verlangte unverbrüchliche Bündnistreue. Die KPD bot von sich aus an, Reimann einen Werbebrief an alle prominenten Protestanten schreiben zu lassen. ⁵⁶

Über die Einberufung des „Gründungs Ausschusses“ und seine Zusammensetzung, über den genauen Gründungstag, die Ausarbeitung der von Kurt Bachmann vorgetragenen „Erklärung“, die definitive Namensgebung und weitere Gründungsumstände schweigen die Akten des Zentralen Parteiarchivs der SED bislang.

Es lief jedoch eine stufenweise Informierung des SED-Parteiparates an. Am 30. September wurden die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros über die Erklärung zur Neukonstitution und das (äußerst skeptische) bundesrepublikanische Presseecho informiert. Am 22. Oktober behandelte das Sekretariat des ZK die Vorlage zu einer Parteiinformation an die SED-Grundorganisationen über die Gründung der DKP. ⁵⁷ Die SED-Inszenierung hatte freilich damit begonnen, daß man dem „Initiativausschuß für die Wiedezulassung der KPD“ den Vortritt ließ, die Gründung der DKP zu begrüßen, ebenso wie man einen Brief von Max Reimann vom 30.9. mit dem gleichen Inhalt präsentierte. ⁵⁸

Vom 30. September 1968, d.h. der ersten offiziellen Information an die interne SED-Führung, datiert ein anderes exklusives, ausschließlich in zwei Exemplaren für Honecker und Ulbricht ausgearbeitetes Papier des „Arbeitsbüros“, das sich mit möglichen Gefährdungen der neuen Partei auseinandersetzte. ⁵⁹ Vor allem plädierte es dafür, daß die Partei als Apparat schnell in Gang kommt und durch schnelle und linientreue Stellungnahmen zu allen wichtigen politischen Ereignissen in der Öffentlichkeit präsent wäre. Vordringlich und lebenswichtig sei die „organisatorische und kadermäßige Stärkung der Partei“. ⁶⁰ Die dabei

55 Ebda.

56 „Arbeitsbüro“, 4. September 1968: Kurzinformation über die Sitzung des Politbüros des ZK der KPD vom 29./30. August 1968, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV A 2/2.028-16.

57 SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/3A-1656.

58 Wiedergegeben als Anlagen 2 und 3 der Parteiinformation.

59 „Arbeitsbüro“, 30. September 1968: Einige Probleme, die sich aus der Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik ergeben. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202-122.

60 Ebda.

fast notwendig entstehenden Gefährdungen der Partei nach innen durch neue Mitglieder müßte mit einer strikten Anwendung der Statuten entgegengewirkt werden: „Mit dem Statut muß erreicht werden, diese feindlichen Versuche weitgehend unwirksam zu machen und den demokratischen Zentralismus konsequent durchzusetzen.“⁶¹

Diese Formulierungen belegen die Täuschungsabsicht zur Umgehung eines erneuten Verbots von Anfang an. Erwogen wurde nun auch, unzufriedene Sozialdemokraten zum Parteieintritt zu bewegen. Interessant waren abermals die Überlegungen zum Verhältnis von DKP und KPD: „Die DKP ist die *legale* marxistisch-leninistische Kampfpartei der westdeutschen Arbeiterklasse, und daneben besteht die KPD als *illegale* marxistisch-leninistische Kampfpartei. Die KPD muß bestehen bleiben, denn sie darf sich nicht selbst durch ihre Auflösung . . . zum Vollstrecker des Karlsruher Urteils machen.“⁶² Zugleich sollte die KPD jedoch so etwas wie eine apparative Auffanglinie darstellen: „... für den Fall von Unterdrückungsmaßnahmen gegen die neukonstituierte Partei eine zweite Linie bereit und kampffähig zu halten; die Genossen dieser zweiten Linie sollten in der Öffentlichkeits- und Massenarbeit als Kommunisten äußerst aktiv sein, jedoch in der deutschen Kommunistischen Partei nicht in den Vordergrund treten.“⁶³ Die weiterbestehenden illegalen Strukturen sollten m.a.W. in die legalen eingewoben sein, ohne jedoch als solche erkennbar zu sein. Das Papier drang nun auch auf ein „Höchstmaß an Legalität“ im „Verhältnis zwischen unseren Parteien“, d.h. zwischen SED und DKP. Auch für die Kaderausbildung in der DDR sollten legale Formen gefunden werden und für eine öffentliche Erklärung zum Verhältnis beider Parteien sollte ein offizielles Zusammentreffen beider Parteiführungen inszeniert werden. Die SED-Führung war jedoch insofern vorsichtig und prestigebewußt zugleich, als zunächst die DKP-Führung in die DDR kommen sollte, bevor man zum Gebenbesuch in die Bundesrepublik startete.

Aus einem Schreiben des „Arbeitsbüros“ vom 15. Oktober an das ZK der KPD ging hervor, daß die SED, um unkontrollierte Äußerungen zu unterbinden, Max Reimann unbedingt unter ihrer Staatsschutzhaft halten wollte. Deziert schrieb man darin dem ZK der KPD eine öffentliche Stellungnahme vor, wie auf die Erklärung der Bundesregierung, daß Max Reimann den Boden der Bundesrepublik jederzeit straflos betreten könne, zu reagieren sei. Zur Begründung, Reimann in der DDR zu halten, mußte die von der SED als „nicht real“ eingestufte Forderung nach Wiederzulassung der KPD herhalten. Die KPD sollte mit aller Entrüstung erklären: „Für das ZK der KPD wie für alle Kommunisten versteht es sich daher von selbst, daß ein Betreten der Bundesrepublik durch den Genossen Reimann verbunden sein muß mit

61 Ebda.

62 Ebda.

63 Ebda.

Garantien und mit Sicherheit dafür, daß das Verbot der KPD aufgehoben wird, daß Genosse Reimann somit seine rechtmäßige ... Funktion als Erster Sekretär des ZK ... uneingeschränkt ausüben kann, daß es für alle Funktionäre und Mitglieder der Partei Max Reimanns volle Freiheit der politischen Betätigung gibt und damit auch jede kommunistische und andere demokratische Aktivität unbehindert durch Justiz und Polizei vor sich gehen kann.“⁶⁴ Wurde die Verbotsaufhebungsforderung mit einer derartig hoch gelegten Meßlatte instrumentalisiert, dann konnte die Schlußfolgerung, zu der man die KPD nötigen wollte, nur lauten: Reimann fährt nicht.

Es entbehrte daher nicht einer gehörigen Portion Zynismus, daß das ZK-Sekretariat der SED Max Reimann in schwülstigem Stil am 31. Oktober zum 70. Geburtstag gratulierte und dem gesundheitlich schwer Angeschlagenen „von ganzem Herzen ... Gesundheit und Wohlergehen, noch lange Schaffenskraft und weiteres erfolgreiches Wirken im Dienst der revolutionären Arbeiterbewegung“ wünschte.⁶⁵

Rund drei Wochen nach der Parteigründung zog der DKP-Bundesausschuß eine erste Erfolgsbilanz (rund 6000 Beitrittserklärungen) und berief eine erste Bundeskonferenz nach Offenbach ein.⁶⁶ In den ZPA-Papieren findet sich dazu nichts. Erst unter dem 6. November verfaßt das „Arbeitsbüro“ eine politische Auswertung der Offenbacher Bundeskonferenz der DKP.⁶⁷ Das Erstaunliche an dieser Einschätzung ist, daß das Politbüro offensichtlich keinen Emissär des ZK für einen authentischen Augenzeugenbericht dorthin geschickt hatte. Man griff allein auf sekundäre Quellen (eine Bandaufzeichnung des Deutschlandsenders, offizielle DKP-Materialien, eine mündliche Berichterstattung im Politbüro der KPD und Berichte von SED-Journalisten) zurück. Das Papier formulierte schonungslos Fehler und Schwächen in Argumentation und Außenwirkung einer Veranstaltung, die nicht der unmittelbaren, direkten Regie der SED unterworfen war. Die Debatten auf der Konferenz müssen teilweise derart konfus gewesen sein, daß das Papier dringend verlangte, „daß die Führung der befreundeten Partei schnellstens eine prinzipielle, politisch-ideologische und programmatische Konzeption für den Bundesparteitag ausarbeitet.“⁶⁸ Zudem sollte sich die DKP scharf von den marxistischen studentischen Splittergruppen abgrenzen und ein DKP-spezifisches Profil entwickeln, das sie deutlich von der DFU, der Anti-Notstandsbewegung und der Position linker Gewerkschaftsfunktionäre unterschied. Nur wenige Tage später begann man im „Arbeitsbüro“, diese praktischen Schritte voranzutreiben. Man verfaßte die

64 „Arbeitsbüro“, 15. Oktober 1968. Lieber Genosse Thomas! SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-5.

65 Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 100 vom 22.10.1968, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/3-1461.

66 Vgl. W. Mensing: Wir wollen unsere Kommunisten ..., a.a.O., S. 54.

67 Vgl. IV 2/10.03-223.

68 Ebda.

Skizze eines Parteistatuts⁶⁹, einen konzeptionellen Anforderungskatalog für den Zeitraum bis zum 1. Parteitag der DKP⁷⁰, schließlich die Skizze eines zukünftigen Bündnisconzeptes.⁷¹

Wenige Tage zuvor schien die SED-Führung dann doch eingelenkt zu haben: Max Reimann durfte das Angebot der Bundesregierung zu freiem Geleit annehmen und sein DDR-Exil verlassen. In einem Passus seiner Erklärung, die er auf einer Pressekonferenz vortrug, betonte er, daß er als „Person und Leiter der Verhandlungskommission für die Aufhebung des KPD-Verbots“ wieder eingereist war und nicht als 1. Sekretär einer verbotenen Partei. Dieser Passus, der im „Neuen Deutschland“ nicht abgedruckt wurde, gab damit zu erkennen, daß Reimann sich recht genau auf dem von der Bundesregierung vorgezeichneten Weg bewegte.⁷² Er stellte weiterhin klar, daß er nicht Mitglied der neuen DKP sei und wies pflichtgemäß alle Behauptungen einer „Fernsteuerung“ von KPD und DKP zurück: „KPD und DKP sind eigene selbständige Parteien, die ihre Politik nach eigenem Ermessen einrichten.“⁷³ Diese taktisch notwendige Lüge wird durch Papiere der ZK-Abteilung „Arbeitsbüro“ vollkommen widerlegt.

In einer Hausmitteilung an Hermann Matern legte Max Spangenberg nicht nur den weit fortgeschrittenen Stand der Vorbereitungen auf SED-Seite dar, sondern benannte auch einige ZK-Abteilungen, die für diese „Hilfestellung“ zugunsten der DKP tätig wurden. Der Statutenentwurf wurde demnach von der ZPKK ausgearbeitet, das Aktionsprogramm von einer Redaktionskommission unter der Leitung von Erich Glückauf, das Konzept der Kaderschulung durch die Abteilung „Arbeitsbüro“ und die Propagandakommission der KPD. Darüberhinaus berichtete er, daß man den Entwurf eines Aktionsprogramms, eines Statuts, Richtlinien bezüglich der Organisationsstruktur und Verantwortlichkeiten der Führungskader, die Frage der Parteizeitung und die Frage der weiteren Arbeit des KPD-„Freiheitssenders 904“ entscheidungsreif vorbereitet hatte.⁷⁴ Und immer wieder erörterte man die Frage der Weiterexistenz der KPD und das komplizierte Dreiecksverhältnis zwischen SED, KPD und DKP. Auf einem dieser Memoranden zur Zukunft der KPD war mit Farbstift (evtl. von Max Spangenberg) der Hinweis „Militärpolitik u. Militärarbeit“ notiert worden. Nicht auszuschließen ist, daß diese Notiz bereits Überlegungen andeutete,

69 „Arbeitsbüro“, 12. November 1968: Kurze Notiz über den Entwurf eines Statuts, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–14.

70 „Arbeitsbüro“, 18. November 1968: Die praktisch-politischen Aufgaben unserer Abteilung in Vorbereitung des Parteitages der Freunde, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–223.

71 „Arbeitsbüro“, 19. November 1968: Gedanken zum Bündnis der demokratisch antiimperialistischen Kräfte in Westdeutschland. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–14.

72 „Arbeitsbüro“, 21. November 1968: Aus der Erklärung des Genossen Reimann (In der Wiedergabe des 'Neuen Deutschland' nicht enthalten). SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–14.

73 Ebda.

74 Hausmitteilung an Genossen Hermann Matern, 21.11.68, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–4.

den illegalen Apparat für die Installation eines M[ilitär]-Apparates nach KPD-Vorbild zu nutzen.

Innerhalb nur eines Monats, nämlich von Ende November bis Ende Dezember beschlossen das Politbüro der KPD im engsten Abstimmungsprozeß mit dem ZK der SED und nicht etwa, wie man nach den öffentlichen Verlautbarungen von Max Reimann hätte vermuten können, das vorläufige Leitungsgremium der DKP sämtliche entscheidenden Weichenstellungen für den Gründungsprozeß der DKP.⁷⁵ Nicht eine einzige Entscheidung fiel in Westdeutschland; die Fernsteuerung war vielmehr total.

Vollzogen wurde dies alles in den Politbürositzungen Nr. 51 und 52 vom Dezember 1968. Freilich: Alle Gründungsvorbereitungen für die DKP waren unter einem TOP 2 zusammengefaßt, der weiterhin lautete: „Die Weiterführung des Kampfes um die Legalität“. Man befaßte sich mit insgesamt 12 Punkten konkreter Gründungsvorbereitungen, u. a. mit: einem Entwurf des später veröffentlichten „Aktionsprogramms der Deutschen Kommunistischen Partei“⁷⁶, einer „Vorlage für die Neugestaltung der Presse“⁷⁷, konkretisiert in einer „Konzeption für das Zentralorgan der Partei“⁷⁸, die schon den Entwurf eines Seitenspiegels, eines Impressums sowie zweier Verlags-Verträge beinhaltete⁷⁹; einem „streng vertraulichen“, „im Prinzip bestätigten Beschluß des Politbüros“ über „Vorschläge für die Struktur der Leitungsorgane“⁸⁰, einer „Richtlinie einer vorläufigen Wahlordnung des Bundesausschusses der +++ zur Vorbereitung des 1. Parteitages“⁸¹, einer „Finanzordnung der +++“⁸², „Vorschlägen zur Behandlung von organisations- und kaderpolitischen Unterlagen“⁸³, dem Entwurf eines Statuts⁸⁴, sowie schließlich einer „Grundsatzserklärung der DKP“.⁸⁵ Die Tagesordnung belegte auch, daß Max Reimann seine

75 Es sind dies die Vollsitzungen Nr. 51 vom 28.11. bis 1.12. und Nr. 52 vom 27. bis 30.12.1968.

76 19. November 1968: Aktionsprogramm der Deutschen Kommunistischen Partei. Entwurf. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-68.

77 Thomas/Uwe, 25. November 1968. Streng vertraulich! Vorlage über die Neugestaltung der Presse. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-68.

78 Thomas/Uwe, 11. Dezember 1968. Vorlage für das Politbüro: Konzeption für das Zentralorgan der Partei, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-68.

79 Vgl. ebda. Anlage 3 enthält den Entwurf eines Exklusiv-Vertrages zwischen der „+++“ und der „...-Verlag GmbH. in D.“, Anlage 4 den Entwurf eines Konzentrationsvertrages zwischen der Dr. Wenzel-Verlags GmbH. in Duisburg und vier Herausgebern kleiner Blätter, denen gegen Schuldenübernahme oder Abfindung ihre Zeitungen zwecks Einstellung abgekauft werden sollen.

80 Streng vertraulich! 10. Dezember 1968. Im Prinzip bestätigter Beschluß des Politbüros: Vorschläge für die Struktur der Leitungsorgane, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-223.

81 Albert, 17.12.1968. Streng vertraulich! Vorlage an das Politbüro: Richtlinie einer vorläufigen Wahlordnung des Bundesausschusses der +++ zur Vorbereitung des 1. Parteitages, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-68.

82 Albert, 17.12.68. Streng vertraulich! Vorlage an das Politbüro: Entwurf: Finanzordnung der +++ , SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-68.

83 Albert, 17.12.1968, streng vertraulich. Vorlage an das Politbüro: Vorschläge zur Behandlung von organisations- und kaderpolitischen Unterlagen, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-68.

84 SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202-122.

85 Entwurf. Streng vertraulich. 22. Dezember 1968. Vorlage an das Politbüro: Grundsatzserklärung der DKP, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202-122.

Idee direkter Legalisierungsverhandlungen zwischen ihm als Parteiführer und der Bundesregierung nicht aufgegeben hatte und den Entwurf eines Briefes an die Bundesregierung zur Bestätigung vorlegte.⁸⁶

Im Rahmen dieser Expertise soll hier nur kurz 1. auf den Entwurf des Organisationsschemas des Apparates und 2. auf das Papier über die konspirative Wahrung von Organisations- und Kadergeheimnissen eingegangen werden. An ihnen wird das Unrechtsbewußtsein und der Täuschungscharakter der Beteiligten schon in der Gründungsphase der DKP am deutlichsten.

Das Papier: „Vorschläge für die Struktur der Leitungsgorgane“

Der Vorgang⁸⁷ besteht aus einer 15-seitigen Vorlage und angehängten 3-seitigen „Bemerkungen zur Vorlage“, wie sie üblicherweise von der Abteilung „Arbeitsbüro“ erarbeitet wurden.

Das Papier traf die folgenden Einzelfestlegungen:

Es legte die Größe des Präsidiums auf 9 Mitglieder fest (1. Vorsitzender, Stellvertreter, 6 weitere hauptamtliche Mitglieder des Parteivorstands, dazu der 1. Sekretär des Bezirks Nordrhein-Westfalen oder Westfalen-Ruhr). Die Arbeitsbereiche der Präsidiumsmitglieder wurden als „Referate“ bezeichnet. Neben dem Präsidium wurde ein um die Vorsitzenden der Landes- bzw. Bezirksleitungen erweitertes Gremium gebildet, das sich „Büro“ nannte und zu wichtigen Fragen tagen sollte. Damit war eine dem Politbüro und dem ZK-Sekretariat analoge Struktur geplant, ohne diese Begriffe zu verwenden.

Der Entwurf legte eine genaue ressortmäßige Kompetenz der einzelnen Präsidiumsmitglieder fest: Jeweils ein Präsidiumsmitglied sei verantwortlich für die Referate „Parteiorganisation“ und „Personalfragen“, für die Sachgebiete „Marxistisch-leninistische Propaganda“ und „Kultur, Kunst, Wissenschaft und Volksbildung“, für das Referat „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ mit den Sachgebieten „Gewerkschaften und Sozialpolitik“, „Wirtschafts- und Mittelstandsfragen“ und „Landwirtschaft (Bauernpolitik)“, für das Referat „Öffentlichkeitsarbeit, Pressewesen und Information“, als Direktor oder Chefredakteur des Zentralorgans, als Leiter der Referats „Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik“, als Verantwortlicher für Finanzen, Geschäftsführung, Vermögensverwaltung und Verlage, Literatur- und Zeitschriftenvertrieb sowie besondere Aufgaben. Jedem Ressort wurden zudem bestimmte hauptamtliche Referentstellen zugeordnet.

Das Papier resümierte sodann: „Nach dieser Aufstellung wären im Präsidium 27 hauptamtliche politische Kräfte tätig“: 8 Präsidiums-Mitglieder und 19 Referenten. Mit dem wichtigen Zusatz: „Alle anderen angeführten Mitarbeiter werden nicht als hauptamtliche Kräfte beim Präsidium in Erscheinung treten.“ Der Entwurf sah hierfür 16 weitere Stellen vor. Der Entwurf schränkte

86 SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-68.

87 SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-223.

jedoch diese Zahl aus optischen Gründen auf maximal 20 Personen wieder ein: „Es können im Höchstfall beim Parteivorstand 20 hauptamtliche Kräfte offiziell – einschließlich Technik – beschäftigt werden.“ Die Umgehung der Offenlegungsvorschriften nach dem Parteiengesetz war damit von Anfang an eingeplant.

Ein zweiter Abschnitt traf Entscheidungen zu den Landes- und Bezirkssekretariaten. Sie sollten aus mindestens 5–7 hauptamtlichen Sekretären bestehen. Auch für sie traf der Entwurf dezidierte ressortmäßige Kompetenzverteilungen. Zur notwendigen Personalstärke faßte dieser Abschnitt zusammen: „Nach dieser Übersicht wären im Landessekretariat 12 politische Mitarbeiter tätig. Davon sollten nur 6 Mitarbeiter offiziell bei der +++ beschäftigt sein. Die übrigen Mitarbeiter sollten über ein abgedecktes Arbeitsverhältnis verfügen.“ Darüberhinaus wären je Sekretariat 3 technische Kräfte erforderlich, also insgesamt 15 hauptamtliche Parteiangestellte.

Für die Sekretariate in den Kreisvorständen wurden flexiblere Lösungen in Abhängigkeit von den Mitgliederzahlen und der politischen, wirtschaftlichen, und sozialen Bedeutung des Kreises vorgeschlagen. Die Zahl von 5 Sekretären sollte jedoch nicht überschritten werden, ausgenommen in größeren Städten. Diese Sekretäre sollten ehrenamtlich tätig sein bis auf jeweils die Kreisvorsitzenden und einen weiteren Sekretär in 9 großen Industriestädten. Auch hier wieder der Zusatz: „nach Möglichkeit sollte mindestens ein Sekretär ein abgedecktes Arbeitsverhältnis haben.“ Diese Formulierung machte deutlich, daß hiermit nicht nur Finanzierungswege verborgen werden sollten, sondern daß der illegale Apparat bis in die Kreisstruktur hineingeflochten sein sollte. Für 16 weitere Kreisorganisationen wurde vorgeschlagen, hauptamtliche Kreisvorsitzende aus eigenem Finanzaufkommen zu bezahlen. Büros auf Kreisebene sollten grundsätzlich eigenfinanziert sein.

Die „Bemerkungen zur Vorlage“ bezogen sich vor allem auf den Zuschnitt der Ressorts im Präsidium. Statt der Referate „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und „Bundes-, landes- und Kommunalpolitik“ wünschte man einen erkennbar ideologischeren Zuschnitt: Eine analytisch-prognostische Grundsatzabteilung („Arbeiterklasse – marxistische Gesellschaftsprognose“), ein Referat „Bündnispolitik“ und ein Referat „demokratische Wirtschafts- und Strukturpolitik“, in das das Sachgebiet Kommunalpolitik integriert war. Dies lief freilich auf eine Vermehrung der Anzahl der Referate hinaus. Da der Entwurf von 12 Landesverbänden bzw. -Bezirken ausging, bedeutete dieser Entwurf summa summarum die Errichtung eines hauptamtlichen Apparates von 219 Funktioniären, von denen 108 (= 49,3%) in einem offiziellen Arbeitsverhältnis mit der Partei stehen sollten, der Rest dagegen in verdeckten Arbeitsverhältnissen unterzubringen war.

Die „Vorschläge zur Behandlung von organisations- und kaderpolitischen

Unterlagen⁸⁸ machten deutlich, daß hier nicht die internen Richtlinien einer bundesdeutschen Partei entworfen wurden, sondern die Geheimhaltungsvorschriften eines Apparates, der auf feindlichem Territorium operierte. Die Begründung lautete daher: „Die Tatsache, daß die Partei in ihrer Entwicklung und Aktivität im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der staatlichen Organe des Bonner Machtapparates steht, macht es erforderlich, eine maximale Sicherung der Organisations- und Kaderunterlagen anzustreben, um zu verhindern, daß diese in die Hände des Gegners fallen.“ Dazu war vor allem vorgesehen, daß in allen Parteibüros und -geschäftsstellen grundsätzlich keinerlei Unterlagen über die gesetzlichen Minimalvorschriften hinaus aufbewahrt werden sollten, die bei einer unbefugten Kenntnisnahme oder gar plötzlichen Beschlagnahme irgendwelche Hinweise auf Parteistrukturen, -zuständigkeiten usf. hätten geben können. Mit diesen Regeln versuchte der KPD-Apparat das Desaster zu verarbeiten, in das er durch die Beschlagnahme seiner Unterlagen 1956 geraten war.

Von den Kreisvorständen aufwärts durften daher keinerlei namentliche Mitgliederlisten bzw. -karteien angelegt werden, sondern nur statistische Übersichten. Um die Arbeitsfähigkeit der übergeordneten Vorstände zu sichern, sollten diese die jeweiligen Namens- und Adressenlisten der eigenen Vorstandsmitglieder und die untergeordneter Leitungen aufbewahren dürfen. Keinesfalls sollte ein Adressenverzeichnis des gesamten Parteiapparats angelegt werden und alle Unterlagen waren streng vertraulich, d.h. als Verschlusssachen aufzubewahren.

Die apparatinterne politische Berichterstattung durch Kreisvorstände sollte grundsätzlich nur mündlich erfolgen, den Landesvorständen zwar auch schriftlich möglich sein, jedoch nur in einer teilanonymisierten Form, die keine Rückschlüsse auf bestimmte geheim zu haltende Parteiinterna zuließ. Derartige schriftliche Berichte waren in nur kleinen nummerierten Stückzahlen anzufertigen und durch Kurier zu überbringen. Politische Berichte, Arbeitspläne und Beratungsprotokolle sollten grundsätzlich nur in einem die Arbeitsfähigkeit sichernden Minimalumfang abgelegt und archiviert werden. Alles andere sollte nach Ablauf äußerst kurzer Fristen (bei politischen Berichten pro Quartal, bei Arbeitsplänen 1/2 Jahr bis 1 Jahr) kassiert werden. Der politische Gesamtbericht und der Arbeitsplan des Parteivorstands waren in je einem Exemplar an das ZK weiterzuleiten. Dieses eingeschränkte schriftliche Berichtswesen machte eine ausgiebige Reisetätigkeit der Kader und eine mündliche Berichterstattung erforderlich, was auf SED-Seite seinen Niederschlag in ausführlichen Gesprächsprotokollen und während der Zeit der Leitung der Westabteilung des ZK durch Herbert Häber zu regelrechten Inspektionsreisen in westdeutsche DKP-Bezirke führte.

Um Personaldaten der Partei vor jedem unbefugten Einblick zu schützen, wurde festgelegt: „Kaderunterlagen werden prinzipiell weder angelegt noch gelagert.“ Das hieß nicht, daß man bei hauptamtlichen Parteiangestellten und Mitgliedern der Kreisvorstands-Sekretariate auf eingehende Fragebogen und Lebensläufe verzichten wollte. Im Gegenteil: Ein beigelegter Fragebogen-Entwurf machte vielmehr detaillierte Vorschriften zu Art und Umfang der Fragen. Die Grundsatzregel bedeutete nur, daß die abgeforderten Unterlagen schnellstmöglich außer Landes zu schaffen und einer zentralen Kaderregistratur beim ZK der SED in Ost-Berlin zu überstellen waren. Einzelheiten scheinen zum Zeitpunkt der Verfassung des Papiers (17. Dezember 1968) noch nicht festgestanden zu haben: „Über Art und Weise der Sicherstellung und Übermittlung von Kaderunterlagen nach hier müßten zu gegebener Zeit Festlegungen getroffen werden.“

In Bemerkungen zu dieser Vorlage⁸⁹ aus dem „Arbeitsbüro“ vom 30.12. 68 werden indirekt zwei Charakterzüge kritisiert, die für das Denken und Handeln des exilierten KPD-Apparates kennzeichnend geworden waren: die Tendenz zur Überbürokratisierung und eine manische Geheimhaltungssucht. Das Papier begann mit folgendem Einwand: „Es ist nicht ganz verständlich, warum eine marxistisch-leninistische Partei, die einen entschiedenen Vorstoß in den legalen politischen Kampf unternimmt, zuerst und hauptsächlich zu den Problemen Stellung nimmt, die den illegalen Bereich ihrer Arbeit betreffen, jenen Bereich, der ohnehin beschlußmäßig weitgehend abgesichert ist.“ Das Papier äußerte sich sodann über einige bürokratische Umständlichkeiten des Aufnahmeverfahrens und gab vor allem zu bedenken, ob nicht „auch für die DKP in geeigneter Form eine zentrale Mitgliederkartei an einem sicheren Ort angelegt wird.“ An den Festlegungen zur politischen Berichterstattung wurde kritisiert, daß diese aus übertriebenen Geheimhaltungsgründen „einseitig darauf (orientieren), worüber *nicht* informiert werden soll... Wir halten es für politisch bedenklich und hemmend für die Führung, wenn wichtige Funktionen des Kampfes in der Berichterstattung unnötig illegalisiert werden.“ Zwar betonten auch die „Bemerkungen“, daß der persönlich Kontakt eine Hauptmethode der Information sein müsse, freilich hatte man hier viel eher ganz normale und vor allem effiziente Kommunikationsstrukturen im Auge: schnell, aktuell, mit überprüfbaren Fakten und meßbaren Ergebnissen. Auch bezüglich der Archivierungsanweisungen sah man eine allzu große Geheimnistuerei walten: „Es ist unter allen Umständen daran zu denken, daß nicht nur zentrale Berichte, sondern auch andere örtliche Materialien und Informationen dem zentralen Parteiarchiv zur Verfügung gestellt werden.“ Ein weiteres Kritik-Papier rügte vor allem die Tendenz zur schleppenden Verwirklichung und Unterschätzung

⁸⁹ SED-Hausmitteilung, „Arbeitsbüro“ an Genossen Hermann Matern, 30.12.68, Bemerkungen zu Vorlagen des Politbüros der KPD, Vorgang 1019/68 Sp/Gn. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-4.

der entscheidenden Rolle eines sofort verfügbaren Zentralorgans der Partei. Zur bündnispolitischen Strategie wurden interessante Zusatzüberlegungen angestellt: „Zur Sicherung der DKP ist es unbedingt notwendig, daß die Partei darauf hinarbeitet, sich mit anderen Gruppen und Parteien zu vereinigen und damit ganz deutlich zu machen, daß die DKP eben nicht die Fortsetzung der KPD ist. Das muß bereits in der Vorbereitung des Parteitages und besonders deutlich auf dem Parteitag selbst klar sichtbar zum Ausdruck gebracht werden (u. a. durch Öffentlichkeit der Kreismitgliederversammlungen bzw. Kreisdelegiertenkonferenzen)... es muß klar werden (klargemacht) werden, daß die DKP (weit) über den Rahmen der KPD hinausgeht; 'Wir sind nicht einfach Fortsetzung der KPD, sondern nehmen entschiedenen Kurs auf Zusammenarbeit und Vereinigung mit allen fortschrittlichen Kräften der Arbeiterklasse.' (Dazu ist erforderlich, die künftigen Partner zu stärken durch Ausdehnung ihrer spezifischen Wirkungsmöglichkeiten).“⁹⁰ Hier deuteten sich aus dem ZK-Apparat der SED heraus in der Tat neue Überlegungen an, die auf etwas anderes als eine taktisch notwendige Camouflage der KPD hinausliefen. An vielen praktischen Entscheidungen und Weichenstellungen bemerkten die SED-Funktionäre jedoch, daß vor allem die älteren KPD-Kader damit hoffnungslos überfordert schienen.

Nach der Vollsitzung Nr. 51 des Politbüros der KPD vom 28.11. bis 1.12. lag auch ein bestätigter Statutenentwurf für die DKP vor, der bis auf wenige Abweichungen bereits mit dem Text identisch war, der auf dem 1. (Essener) Parteitag im April 1969 beschlossen wurde.⁹¹

Ein einseitiges Memorandum des „Arbeitsbüros“ vom 17. Dezember hatte zu den ebenfalls zur Entscheidung anstehenden Planungen für die innerparteiliche Schulung interessante Details preisgegeben.⁹² Der Verfasser, Norbert Madloch, stellte die Frage, ob es nicht notwendig wäre, „von Beginn an *in der DKP* eine straffe Leitung der politisch-ideologischen Arbeit zu organisieren und in der Parteiführung eine schlagkräftige Propagandaabteilung zu schaffen.“ Er war skeptisch, ob dies die hierfür vorgesehene „Marxistische Arbeiterbildung“ würde leisten können. Er fuhr dann fort: „Die Frage der Organisation der innerparteilichen Schulung ergibt sich auch daraus, daß alle KPD-Genossen, die bisher im ZK-Apparat in der Propagandakommission tätig waren, für andere Aufgaben vorgesehen sind, z. B. der Leiter der Propagandakommission übernimmt den Vorsitz der 'Marxistischen Arbeiterbildung' e.V., der stellvertretende Leiter der Propaganda-Kommission wurde Chefredakteur der 'Marxistischen Blätter', der bisherige Chefredakteur der 'Marxistischen

90 „Arbeitsbüro“, 30. Dezember 1968; Bemerkungen zu den Vorlagen des Politbüros der KPD, Vorgang 1019/68 M/Gn., SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–68.

91 Zur rechtlichen Würdigung dieses Statuts vgl. Wilke/Müller u. a.: Die DKP, a.a.O., S. 86 ff.

92 „Arbeitsbüro“, 17. Dezember 1968; Bemerkungen zum Beschluß des Politbüros vom 26.11.1968 'Plan der Parteischulung', SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–223.

Blätter' ist als Leiter des Frankfurter Instituts vorgesehen.“ Damit ist eindeutig belegt, daß Schlüsselstellungen in der neuen Partei gezielt mit ausgesuchten Kadern aus dem Apparat der verbotenen KPD besetzt wurden.

2. *Übergangsprobleme und Festigung des Apparates*

Sichtet man die zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Studie zugänglichen Archivmaterialien nach weiteren thematischen Schwerpunkten, so waren es vor allem die sozial-demokratische Regierungsbeteiligung und die Neue Ostpolitik, die die Aufmerksamkeit der SED beanspruchten; in diesem Zusammenhang war vom Gutachter die Frage nach einer politischen Rolle der DKP bei der Vertragspolitik aufgeworfen worden.

Generell läßt sich sagen, daß die Bildung der Großen Koalition die SED höchst verunsichert hatte. Die gesamte auf die SPD bezogene Einschätzung mußte einer Überprüfung unterzogen werden. Das Ergebnis wurde auf dem VII. Parteitag der SED verkündet und lautete: Die SPD(-Führung) habe nun sämtliche aus der Arbeiterbewegung herrührenden Gemeinsamkeitsrestbestände mit den Kommunisten – eine Überzeugung, die freilich mehr auf der Autosuggestion der Kommunisten als auf wirklichen Tatsachen beruhte – aufgegeben. Auf jeden Fall aber reagierte die SED mit einem verschärften Abgrenzungskurs gegenüber der sich abzeichnenden Neuen Ostpolitik des sozialdemokratischen Außenministers Brandt. Ulbricht verkündete das vorläufige Ende aller gesamt-deutschen Optionen in der politischen Konzeption der SED und rückte die wirtschaftliche und politische Befestigung der DDR als des sozialistischen Kernstaates eines zukünftig vereinigten sozialistischen Deutschlands an die Spitze der Prioritätenskala.

Die politischen Einschätzungen der neuen Situation, die der Propagandaapparat der SED mit grotesker Überzeichnung und in schrillsten Tönen noch verstärkte, legte freilich ein Denken in der SED-Führung offen, das bis zum Ende der DDR charakteristisch war. Es war dadurch gekennzeichnet, daß die Führungsfiguren der SED, und das galt für Ulbricht wie für Honecker, ihre entscheidende politische Sozialisation unter den politischen Bedingungen der 20er und 30 Jahre (Komintern, Weimarer Republik etc.) erfahren hatten und nun unter der gleichsam paranoiden Vorstellung litten, die Gegenwartsgeschichte sei wesentlich eine Wiederholung der Vergangenheitsgeschichte. So liefert eine monströse Einschätzung des 20. Juli Ulbricht die Bilder, um die Koalition der SPD mit der CDU der Fortsetzung des Faschismus ohne Hitler statt mit Hitler gleichzusetzen.⁹³

Die anfänglichen Unsicherheiten in der Einschätzung der neuen politischen Situation in der Bundesrepublik (z. B. Abschätzung der alten kommunistischen

93 Vgl. dazu das Zitat oben.

Frage, ob es nun zu einem Revolutionsoptionen begünstigenden Reformprogramm kommen würde) wiederholten sich, als es 1969 zur Bildung der sozialliberalen Koalition unter sozialdemokratischer Führung kam. Erstmals war die Führung des SED-Staates mit sozialdemokratischer Reformprogrammatik und -politik auf der Ebene des Konkurrenzstaates konfrontiert, und mehr denn je schien Ulbricht klar, daß in dieser neuen Situation sein gerade 1 Jahr altes Instrument DKP zu Zuge gebracht werden mußte.

Nur wenige Tage nach dem Wahlsieg der Sozialliberalen legte er auf einer internen Beratung die neuen taktischen Linien fest. „Wir können daher nicht davon ausgehen, daß Brandt die Politik des Imperialismus betrieben hat und betreibt, sondern müssen davon ausgehen, was die Mehrheit der Bevölkerung bei den Wahlen zum Ausdruck bringen wollte... Die Mehrheit der Wähler will keine Atomrüstungspolitik, die die Gefahr des Krieges heraufbeschwört. Die Niederlage für Strauß ist eine bedeutende politische Niederlage. Die Meinungsänderung der Mehrheit der Wähler hat diese Politik wesentlich gestört... Es hat sich etwas in Westdeutschland verändert.“⁹⁴ Sodann lobend zur DKP: „Die DKP hat die Dialektik des Kampfes gut begriffen. Man muß ihre Stellungnahme hoch einschätzen... Wir sind dafür, daß die SPD auf lange Jahre die Führung der Regierung behält.“⁹⁵ Das meinte freilich vor allem, daß er mit Sozialdemokraten glaubte besser zurecht zu kommen als mit den Christdemokraten und -sozialen. „Wenn Brandt neue Ostpolitik macht, dann machen wir eine neue Westpolitik, und zwar eine, die sich gewaschen hat. Dabei soll er ins Schwitzen kommen...“⁹⁶ Kernpunkt dieser neuen Westpolitik sollte sein, die nationale Frage von der Lösung der „Klassenfrage“ in Westdeutschland abhängig zu machen. Hierdurch war nun die Rolle der DKP definiert. „Die SED hat sich zu einer starken Partei entwickelt. Sie muß in der Lage sein, der DKP zu helfen, die marxistisch-leninistische Theorie anzuwenden und zu verbreiten.“

Die Rolle der DKP bei der Durchsetzung der Vertragspolitik im Innern der Bundesrepublik war weit weniger von Bedeutung, als beim Entwurf des Gutachtauftrages vermutet. Das innenpolitische Klima in der Bundesrepublik hatte sich in jenen Jahren massiv zugunsten einer Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands, allen voran der Sowjetunion gewandelt. Ulbricht, der die Meßlatte für die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten immer höher zu legen trachtete, erschien schließlich als der Störenfried einer deutsch-sowjetischen und deutsch-polnischen Aussöhnung. Die DKP, als

94 Dr. Wolfgang Berger, 31.10.1969: Darlegungen des Genossen Walter Ulbricht auf der Sitzung am 30.10.1969, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202-122.

95 Ebda.

96 Ebda.

Propagandaapparat für die Vertragspolitik gedacht, mutierte zum ferngesteuerten Sprachrohr für die Vertragsbehinderungs- und -verhinderungspolitik der DDR.

Die wenigen Aktionen, die die DKP zur propagandistischen Begleitung z. B. des Stoph-Besuches in Kassel beisteuerte, fanden zwar in den Akten ihren Niederschlag, waren aber für den Gang der Ereignisse völlig ohne Bedeutung.

Insofern konnten also in den Dokumenten keine neuen, weiterreichenden Quellen aufgefunden werden, die die Ursprungsvermutung weitergehend gestützt hätten.

Die Legende von der souveränen Partei DKP wurde befestigt durch einen offiziellen Besuch der DKP-Führung bei der SED, der mit einem offiziellen „Kommunique“ beendet wurde. Eine geheime Zusatzvereinbarung legte jedoch fest, daß die DKP-Führung zu laufenden Konsultationen verpflichtet war, die der Information, aber auch der Anleitung dienen, daß sie sich zur Entsendung von „Studiendelegationen“ verpflichtete, wie die organisierten Propagandareisen in die DDR genannt wurden und daß sie sich verpflichtete, alle deutsch-deutschen Kontakte auf den unteren Ebenen beider Parteien zu unterbinden.⁹⁷

3. *Das ungeklärte Verhältnis zwischen KPD und DKP 1968–1971*

Schon mit der Gründung der DKP begann ein quälend langsamer Entscheidungsprozeß, der schließlich erst nach drei Jahren zu Ende gebracht werden konnte. Bis zum Düsseldorfer Parteitag der DKP im November 1971 gab es ständig neue Verwirrungen und Verunsicherungen von Freund und Feind, von Mitgliedern, Funktionären und Beobachtern der Szene.⁹⁸ Der Grund dafür war weniger, daß kein formaler Schlußstrich gezogen wurde und die KPD aufgelöst wurde; er bestand vielmehr darin, daß der Aufbau der DKP zu 80–90% mit Funktionären der alten KPD gemacht werden mußte, die von den Bedingungen der politischen Arbeit in der Illegalität geprägt waren und daher Träger einer erheblich unterschiedlichen Parteikonzeption waren. Repräsentanten dieser Auseinandersetzung waren Max Reimann als Verkörperung der Vorkriegs- und KZ- Insassen-Generation auf der einen Seite und eine Gruppe von jüngeren absolut SED-loyalen Funktionären mit Herbert Mies an der Spitze auf der anderen Seite. Die teilweise hochdramatischen Auseinandersetzungen endeten bekanntlich damit, daß Max Reimann als 1. Sekretär der verbotenen KPD die Ehrenpräsidentschaft der DKP antrat, Herbert Mies aber mit der Einrichtung

⁹⁷ Vereinbarung als Anlage zum Kommunique über ein Treffen zwischen einer Delegation des ZK der SED und einer Delegation des Parteivorstandes der DKP (Nicht zur Veröffentlichung), SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028–17.

⁹⁸ Vgl. hierzu die Darstellung von W. Mensing: *Wir wollen unsere...*, a.a.O., S. 69 ff.

eines Sekretariats im Präsidium der DKP innerparteilich die Macht übernahm. Die Akten der SED legen Teile dieser Auseinandersetzungen erstmals offen und machen zugleich die Rolle von SED und KPdSU in diesem Klärungsprozeß deutlich.

Im Januar 1969 nahm Ulbricht in der ihm eigenen drastischen Art auf einer internen Beratung den schleppenden Parteiaufbau der DKP zum Anlaß, das Verhältnis von DKP und KPD gleichsam mit einem Schwertstreich zu entscheiden: Neben dem illegalen Politbüro der KPD sollte es allenfalls noch illegale Bezirksleitungen geben, keinesfalls aber illegale Strukturen innerhalb von Grundorganisationen der DKP. „Mitglieder illegaler Leitungen gehören nicht in die Leitungen der DKP“, forderte er kategorisch.⁹⁹ Sodann wurde er deutlich: „Die geringe Massenwirksamkeit der DKP hängt zusammen mit dem zu starken Einfluß der alten Kommunisten. Bis diese Kommunisten lernen, sich politisch und im ganzen Stil umzustellen, wird mit einer riesen Kraftanstrengung noch eine lange Zeit vergehen, bis zu den Wahlen schaffen sie das nicht mehr. Man muß also den Einfluß alter Kommunisten in den Leitungen vermindern. Es geht nicht so, daß die KPD erst bei jedem politischen Schritt der DKP den politischen Stempel geben muß.“¹⁰⁰ Ulbrichts Konzept war, der KPD radikal die Kompetenzen zu beschneiden und sie als ein Apparat für die Wiederzulassung der KPD austrocknen zu lassen. Reimann, zugleich der Träger einer gesamtdeutschen politischen Option der Kommunisten auch gegenüber der SED mußte abgelöst werden durch einen Repräsentanten der neuen SED-Linie. „Wenn sich Kreisleitungen und Bezirksleitungen der DKP“, beschied Ulbricht kategorisch die KPD-Funktionäre, „in der Mehrheit aus den alten Leitungen der KPD zusammensetzen, dann braucht man gar nicht erst anzufangen; diese alten Leitungsmitglieder sollen auch weiterhin bei der KPD bleiben. Denn wenn die Mehrheit der DKP-Leitungen aus den alten Leitungen der KPD besteht, dann kommt doch bloß Sektierertum dabei heraus. Es wäre sogar gefährlich, wenn die KPD Beschlüssen fassen würde über die DKP.“¹⁰¹

Ulbricht hatte offensichtlich erkannt, daß mit den bei aller Loyalität dennoch zu politischen „Eigenmächtigkeiten“ neigenden KPD-Altfunktionären sein flexibleres Konzept eines westdeutsch sich gerierenden und die SPD-Basis und die Gewerkschaften umwerbenden, nichtsdestotrotz auf Anerkennungspropaganda und strikter Anleitungsbereitschaft orientierten Interventionsapparates nicht zu machen war. Die KPD war für Ulbricht kein probates politisches Mittel mehr, um zu seinem entscheidenden Ziel zu gelangen: „Darum muß man

99 „Arbeitsbüro“, 16. Januar 1969: Zu Fragen der revolutionären Arbeiterbewegung in Westdeutschland. Mit dem handschriftlichen Zusatz: „Gen. Ulbricht auf der 2. Beratung 15.1.69 mit Gen[ossen] der Führung der befreundeten Partei“. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-77.

100 Ebda.

101 Ebda.

dem gegenüberstellen die großen Perspektiven, die die DKP bietet, als Weg zur europäischen Sicherheit, gegen Manipulierung, als Weg zur Herstellung normaler Beziehungen zur DDR:¹⁰² Dafür benötigte man einen Apparat, der durch einen Neuanfang politisch mit sich im Reinen war. Fast überschwänglich ist das interne Lob für Herbert Mies, als er aus Anlaß des ersten Treffens zwischen Brandt und Stoph in Erfurt diesen Spagat meisterte und von westdeutschem Boden aus die Forderung nach Anerkennung der DDR zu deren Bedingungen erhob.¹⁰³

Der Konflikt ließ sich jedoch nicht im Schwertstreich entscheiden, wenn die SED nicht ihren gesamten westdeutschen Apparat schachmatt setzen wollte. So wurde eine mühselige Konsenslinie ausgehandelt, die besagte, daß die DKP ohne jede Intervention der KPD die Kompetenz hat, zu allen politischen Fragen der Bundesrepublik Stellung zu beziehen. Gleichzeitig sollte die KPD für die Verbotsaufhebungs-Kampagne zuständig bleiben und für die Außenvertretung in der kommunistischen Weltbewegung.

Dies paßte durchaus dazu, daß im Mai 1969 Ulbricht seine harsche Linie wieder abmilderte und für ein Konzept auch der innenpolitischen Arbeitsteilung zwischen DKP und KPD plädierte. Die DKP sollte sich moderat und bündnisfähig geben, die KPD dagegen als prinzipienfest und Verkünder von Propaganda-„Wahrheiten“: „Bei der Bilanz der Großen Koalition muß es deutlich eine Arbeitsteilung zwischen KPD und DKP geben. Die DKP muß ihre Einheitsfronttaktik konsequent weiterführen. Sie muß im Stil der Jugend auftreten... Wenn die Genossen der DKP alles so machen wollten, wie es die KPD gemacht hat, dann hätten sie gar nicht anzufangen brauchen. Die Grundlinie der DKP muß sein, konstruktiv zu überlegen, wie es mit der Masse der sozialdemokratischen Mitglieder weitergehen soll... Die DKP muß jene konstruktiven Ideen weiterführen, die aus der westdeutschen Sozialdemokratie hervorgegangen sind und hervorgehen.“¹⁰⁴ Nur von einer taktisch versierten und beweglichen und dennoch absolut loyalen Parteiführung konnte erwartet werden, daß sie die damit verbundene Gefahr einer schleichenden „Versozialdemokratisierung“ im Auge behielt. Auf dieser flexiblen Linie lag z. B. das Angebot des DKP-Vorsitzenden Bachmann vom Juli 1969 an den Parteivorsitzenden Willy Brandt mit der Einladung zu „gleichgerichteten Aktionen“

102 Ebda.

103 SED-Hausmitteilung: „Arbeitsbüro“ an Genossen Albert Norden, 16.3.70, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028-16.

104 „Arbeitsbüro“, 9.5.1969: Gedächtnisprotokoll über eine Beratung mit führenden Genossen der DKP am 2.4.1969 [unter Teilnahme der KPD-Führungs-Mitglieder Max Reimann, Willi Mohn und Erich Glückauf], SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202-122.

von DKP und SPD gegen die zum Neonazismus-Popanz aufgebauchten Wahlerfolge der NPD in Baden-Württemberg.¹⁰⁵

Mitte Juni 1969 schien es gar, als sollte die Frage DKP-KPD zum hochnotpeinlichen Gegenstand eines außerordentlichen Parteitages der DKP erhoben werden.¹⁰⁶

Neue Bewegung kam in die verfahrenere Situation, als die KPdSU gegen Ende des Jahres 1969 Druck zu machen begann, die Frage endgültig zu klären, „daß man nicht ein Jahr warten soll, sondern so schnell wie möglich die restlichen Genossen überführen müsse.“¹⁰⁷ Die Begründung der Sowjets – darunter Boris Ponomarjow, ZK-Sekretär für internationale Angelegenheiten der KPdSU – war freilich wie eine Ohrfeige für Ulbrichts flexibles Konzept des Parteaufbaues mit jungen Parteiaktivisten: „Man sehe gegenwärtig Gefahren einer revisionistischen Entwicklung bei der DKP. Darum wäre es gut, wenn der alte Kern der erfahrenen Genossen schnell wirksam würde.“¹⁰⁸ Gewiß hatten die Sowjets dabei auch im Auge, nur ein Jahr nach dem denkwürdigen Protest der italienischen Kommunistischen Partei gegen die neue Breshnew-Doktrin jeden Ansatz zu einer eurokommunistischen Gefahr in Westdeutschland schon im Ansatz zu unterbinden. Die Dinge hörten sich dann jedoch schon wieder anders an, als eine offizielle DKP-Delegation in Moskau zu ihrem Antrittsbesuch beim ZK der KPdSU weilte, und Politbüro-Mitglied Michael Suslow von einer „zeitweiligen Übergangslösung“ sprach und lediglich davon, daß es „in der Perspektive ... keine zwei Parteien geben“ könne.¹⁰⁹ Aber auch die Russen bekräftigten noch einmal, daß die KPD weiterhin für die internationalen Beziehungen zuständig bleiben sollte.

Am 8. September 1970 erfolgte dann ein neuer Vorstoß von Josef Ledwohn beim ZK der SED. Sein Vorschlag beinhaltete, die KPD dazu zu bewegen, einen demonstrativen Schlußpunkt unter den unproduktiven Dualismus KPD/DKP zu setzen: In einer öffentlichen politischen Erklärung sollte verkündet werden, daß die KPD ihre politische Tätigkeit einstellt; gleichzeitig sollte der Eintritt von Max Reimann in die DKP bekannt gegeben werden. Für eine Fortsetzung der Verbotsaufhebungs-Kampagne sei die KPD selbst nicht erforderlich, ebenso wie die ursprünglich für notwendig erachteten taktischen Rücksichtnahmen in der westdeutschen Öffentlichkeit. Ledwohn: „Die gesamte Entwicklung verläuft für uns günstig. Unsere Rechnung in dieser

105 SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–122. Mit der im Verlauf des Briefes gleich 6fach verwendeten Anrede „Genosse Brandt“ versuchte Bachmann die SPD vor Berührungsängsten zu beruhigen und zu umgarnen. Die SPD beschloß kurz darauf bekanntlich harsche innerparteiliche Abgrenzungsmaßnahmen.

106 DKP, Parteivorstand, 16.7.1970, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–122.

107 2. Dezember 1969. Streng vertraulich. An Genossen Erich Honecker. Gez. von Erich Glückauf und Erich Jungmann. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028–17.

108 Ebda.

109 SED-Hausmitteilung, 6.1.70, „Arbeitsbüro“ an Genossen Hermann Matern, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–122.

Frage ist voll aufgegangen. Wir haben alle damals getroffenen Festlegungen voll realisieren können. Es spricht alles dafür, daß wir jetzt einen Schritt weiter gehen können, um das Übergangsstadium zu beenden und damit die gesamte Periode der Illegalität hinter uns zu lassen.“¹¹⁰ Ledwohn sah das einzige Problem darin, wie verhindert werden könne, daß Reimann eine Führungsposition in der Partei oder gar den Vorsitz verlangen könnte.

Ein halbes Jahr lang gibt es keine Vorgänge, die schriftlichen Niederschlag gefunden haben. Im März 1971 begann der 2. DKP-Parteitag seine Schatten vorauszuwerfen. Die Akten weisen 18 Vorgänge bis zum November 1971 aus.

Am 12. März scheint eine Art Vollversammlung aller Spitzenfunktionäre von KPD, DKP und SED stattgefunden zu haben. Sie bildete wohl den Ausgangspunkt für den letzten entschlossenen Anlauf, den man nun nahm. Die Lösung, die man fand, knüpfte von der Sache her an der Position von Ledwohn an, befolgte jedoch die „antirevisionistischen“ Sicherungen des ZK der KPdSU.¹¹¹ Das Papier, das die Lösung fixierte, mutet von seiner Diktion in der Schlußpassage her an wie eine Art Schiedsspruch, der von der SED über beide Kontrahenten verhängt worden war.

Der Schlüsselsatz dieses Einigungs-Papiers beinhaltete, alle noch bei der KPD verbliebenen Funktionen mit einem Schlag auf die DKP zu übertragen: „Wir haben uns darüber verständigt, daß die DKP zur alleinigen kommunistischen Partei der Bundesrepublik wird. Dabei gehen wir aber davon aus, daß die KPD sich nicht auflöst und daß auch nicht der Eindruck einer Verschmelzung von KPD und DKP entsteht.“¹¹² Hierfür betonte man nun aber ausschließlich taktische Gesichtspunkte, denn die DKP sollte auch die „Anleitung der vorhandenen Gremien“ der KPD einschließlich der Verbotskampagne übernehmen. Die KPD sollte wirklich zu einer in Reserve gehaltenen taktischen Hülse werden. Diese Grundsatzentscheidung wurde durch die folgenden Einzelentscheidungen konkretisiert:

1. Das Politbüro der KPD wird in die Vorbereitung des DKP-Parteitags einbezogen.
2. Max Reimann wird auf dem Parteitag zum Ehrenvorsitzenden „als voll verantwortlicher Leiter des Präsidiums“ gewählt.
3. Es wird auf zentraler Ebene ein Sekretariat gebildet.
4. Der diesbezügliche offizielle Parteitagsbeschuß wird ergänzt durch einen Geheimbeschuß des neuen Präsidiums, wonach die KPD-Politbüromitglie-

110 „Arbeitsbüro“, 9.9.1970: Notiz über ein Gespräch mit Genossen Jupp Ledwohn am 8.9.1970, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03-223.

111 8 Exemplare, März 1971. Streng vertraulich! SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202-123. Der Verfasser des Papieres ist unbekannt. Art und Aufmachung des Papiers deuten auf das „Arbeitsbüro“ hin. Wir ordnen es daher diesem Treffen zu.

112 Ebda.

der Erich Glückauf und Erich Jungmann „zu bevollmächtigten Beauftragten der Präsidiums der DKP“ berufen werden und sind weiter für die Anleitung des KPD-„Freiheitssenders 904“ zuständig.

5. Für das KPD-Politbüromitglied Otto Niebergall war eine Fortsetzung seiner verdeckten Arbeit „gemeinsam mit den entsprechenden Genossen der DKP-Führung“ vorgesehen.
6. Die persönlichen Kontrahenten Reimann, Bachmann, Mies und Mohn wurden unter Einigungszwang gestellt.

Im Anschluß an die Einigung bekräftigten SED und DKP ihr Kooperations-Abkommen. Auf Spitzenebene waren Herbert Mies und Albert Norden, auf Arbeitsebene der Leiter der Westabteilung, Geggel, und der Sekretär des Parteivorstands, Karl-Heinz Schröder, zuständig.

Am 2. Juni folgte zunächst eine weitere Unterredung, die auf der Linie des Einigungspapiers lag. Zur Vorbereitung der Thesen zum Düsseldorfer DKP-Parteitag werden auch die Vertreter der KPD eingeladen.¹¹³ Am 2.7. schickte Herbert Mies nach einer Sitzung des DKP-Präsidiums eine vertrauliche Mitteilung an Norden, die auf Unzufriedenheit mit dem Einigungsbeschluß und neuen Beratungsbedarf mit Max Reimann hindeutet.¹¹⁴ Die Situation wurde dadurch verkompliziert, daß in einem internen Papier des „Arbeitsbüros“ die Bedrohungslage für die DKP noch einmal zusammenfassend eingeschätzt wurde.¹¹⁵ Der Tenor lautete: Die DKP müsse zwar mit administrativen und juristischen Behinderungen, wenig wahrscheinlich jedoch mit einem direkten Verbot oder der Auflösung rechnen.

Zu einem Eklat kam es am Rande des VIII. Parteitags der SED, als die anwesenden DKP-Funktionäre erfuhren, daß Max Reimann bei der SED durchgesetzt hatte, daß die Rednerreihenfolge DKP-KPD entgegen ihrem öffentlichen Verlauf im schriftlichen Parteitagsprotokoll umgekehrt werden sollte. Noch auf dem Parteitag unterzeichneten die anwesenden Präsidiumsmitglieder eine von Herbert Mies ausgearbeitete langatmige Erklärung an den Parteivorstand der DKP und die Landesvorsitzenden, in der scheinheilig-solidarisch mit der SED, deren Gastfreundschaft man nicht mit einem öffentlichen Streit belasten wolle, um Verständnis für diese Entscheidung und um Diskretion nach außen gebeten wurde. Im Grunde war damit jedoch nur die Arena für die vorstandsinterne Empörungswelle gegen Reimann geöffnet worden. Sie folgte auf dem Fuß, als am nächsten Tag die Landesvorsitzenden vom Präsidium verlangten, Reimann für dieses Verhalten das Mißtrauen auszusprechen, und verklausuliert androhten, Reimanns Wahl zum Ehrenpräsidenten zu vereiteln: „... daß die

113 Herbert Mies, handschriftlich an „Albert“ Norden und „Heinz“ Geggel, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/2.028–17.

114 Herbert Mies, vertraulich! Information. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028–16.

115 5. Juli 1971: Information zu den verstärkten Angriffen des Gegners auf die DKP, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028–19.

Landesvorsitzenden bei evtl. personellen Führungsfragen mit dem Blick auf unseren Düsseldorfer [Parteitag] rechtzeitig konsultiert werden möchten.“¹¹⁶ Das Wetter wechselte nun zugunsten der DKP. Als wenige Tage später die KPD zum 15. Jahrestag des KPD-Verbots neben publizistischer Unterstützung auch vier öffentliche Versammlungen von der SED verlangte, schlug Norden in einer Vorlage für das ZK-Sekretariat vor, dies unter Hinweis darauf, daß „solche Versammlungen nur ungewollt die These von den sogenannten besonderen oder innerdeutschen Beziehungen unterstützen“¹¹⁷ würden, abzulehnen.

Auf einer Delegationsreise des Präsidiums der DKP im Juli 1971 zum ZK der KPdSU nach Moskau, an der auf Wunsch der Russen auch Reimann teilnahm, kam es erneut zum Eklat, wie Mies in einer handschriftlichen Nachricht an Honecker und Norden festhielt.¹¹⁸ Zwar hatten die Russen Reimann protokollarisch deutlich abgestuft (er hatte am Verhandlungstisch kein protokollarisches Gegenüber mehr) und wollten im Kommuniqué nur von einer offiziellen Konsultation DKP-KPdSU sprechen, aber unter Teilnahme von Reimann. Zum Eklat kam es, als Mies vom Ansinnen des DKP-Präsidiums berichtete, daß Reimann das Einigungs-Papier vom März von sich aus „neu durchdenken“ und „verändern“ solle. Der Vorstoß zielte wohl darauf ab, Reimann dazu zu bewegen, daß er freiwillig auf jeden Führungsanspruch verzichtete. Reimann reagierte jedoch verletzt und drohte, „daß er keine andere Möglichkeit sehe, als persönliche Konsequenzen daraus zu ziehen“. Reimann wertete den Vorstoß als Vertrauensentzug durch die Parteigremien, lehnte die Ehrenpräsidentschaft nun von sich aus ab und kündigte an, ins Exil in die DDR zu gehen. Die DKP-Präsidenten erwiesen sich nun als wahre Kommunisten. Erschrocken ob der Konsequenzen ihres eigenen Tuns baten sie Reimann inständigst, von diesem Entschluß wieder abzurücken, wenngleich sie dabei blieben, daß er auf seinen Führungsanspruch verzichten müsse. Zugleich verlegten sie sich jedoch darauf, den Streit zu personalisieren und die Basis für ihr Lösungsmodell unter allen Präsidenten und KPD-Politbüromitgliedern zu vergrößern. Dies geschah dann mit einem offiziellen Schreiben des Präsidiums an Reimann.¹¹⁹ In ihm wurde die neue Einigungsvariante wiederholt: Ehrenpräsidentschaft bei jeglichem Verzicht auf einen Führungsanspruch. „Wir möchten Dich aber bitten, daß es in der Bundesrepublik und für die Partei nur ein Führungszentrum geben kann... Wir bitten Dich, künftig einen noch stärkeren Beitrag zur Stärkung der Führung der DKP zu leisten.“¹²⁰ Dieser Beitrag sollte darin bestehen, „daß Du auf

116 Herbert Mies, 7.7.71. Notiz. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028-17.

117 ZK-Hausmitteilung, Albert Norden an Gen Paul Verner, 8.7.71, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028-17.

118 Herbert Mies. 17.7.71. Lieber Erich! Lieber Albert! SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202-500.

119 22.07.71. Streng vertraulich! Lieber Genosse Max Reimann!. SAPMO-BARCH ZPA-Sign J IV 2/202-500.

120 Ebda.

den Führungsanspruch in der DKP verzichtest und ohne der Führung der DKP anzugehören und ohne selbständiges Einwirken in die Partei deine Kraft der DKP zur Verfügung stellst.“¹²¹ Dies sollte auf dem Wege erfolgen, daß Reimann seinen Beitritt zum DKP-Bezirk Ruhr-Westfalen erklärt, was dann auch geschah.

Reimanns entsprechendes Schreiben führte jedoch zu einem neuen Eklat, denn er hatte dieses Schreiben so formuliert, daß „er als 1. Sekretär der KPD in die DKP ein(trete) und nicht bereit (sei), sich durch die Wahl als Ehrenpräsident ausschalten zu lassen. Wenn er in die Partei eintritt, dann beginne sich die Partei zu einer marxistisch-leninistischen Partei zu entwickeln – was sie jetzt nicht sei –, dann werde sich der richtige prinzipielle Standpunkt durchsetzen.“¹²² Es folgten heftigste persönliche Auseinandersetzungen, in deren Verlauf er sämtliche Zusagen wieder rückgängig machte. Die mit Reimann verhandelnden DKP-Präsidenten sahen aber wohl keinen anderen Weg, Reimann unter Kontrolle zu bringen als ihre Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, „daß sie unter allen Umständen die jetzt vereinbarte Regelung durchsetzen werden.“¹²³ Reimann war von da an gewissermaßen ein Gefangener des Präsidiums. Gleichwohl erklärte man sich abermals bereit, zu einem neuen Termin mit Reimann politische Grundfragen zu erörtern, „vor allem über den marxistisch-leninistischen Standort der DKP und die entsprechenden programmatischen Formulierungen.“

Diese fortwährende Konsenssuche deutet darauf hin, daß es doch um mehr ging als um persönliches Querulamentum eines Parteigreises. Nochmals intervenierten nun die Russen ob des führungsinternen Getöses in der DKP und zitierten den Präsidiums-Sekretär, Karl-Heinz Schröder, nach Moskau. Sie scheinen intensiv dafür geworben zu haben, den Greis nicht bis zur Weißglut zu reizen und „die Frage der KPD ... (zu) einem glaubwürdigen Abschluß“ zu bringen.¹²⁴ Dem vereinbarten Verfahren stimmten nun auch die Landesvorsitzenden zu, freilich nicht ohne noch einmal ausdrücklich festgeschrieben zu haben, „daß es ein Ehrenamt ist und Genosse Reimann nicht die effektive Führung der Partei übernehmen darf. Deswegen solle man ihn zum Ehrenpräsidenten aber nicht zum Mitglied des Parteivorstandes und seines Präsidiums wählen.“¹²⁵ Mies reiste mit diesem Beschluß in der Tasche nun seinerseits nach Moskau und erhielt von den Politbüro- bzw. ZK-Mitgliedern Ponomarjow, Suslow und Sagladin die Bestätigung dafür. Reimann fügte sich nun in das von allerhöchster Autorität festgelegte Procedere.

121 Ebda.

122 [Norden und Geggel:] 16. September 1971. Information über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der DKP, Genossen Herbert Mies. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028-17.

123 Ebda.

124 SED-Hausmitteilung, Westabteilung an Genossen Albert Norden, 22.9.71. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028-17.

125 ebda.

Das Präsidium der DKP schuf daraufhin seinerseits weit über den Parteitag hinausreichende vollendete Tatsachen. Zusätzlich zu den zwei parteitagsoffiziellen Anträgen – Bildung eines Sekretariats und Einrichtung einer Ehrenpräsidenschaft – verabschiedete man zwei geheime Zusatzbeschlüsse: 1. das einzurichtende Sekretariat erhielt intern de facto die umfangreichen Befugnisse eines Sekretariats nach dem KPD-Statut von 1963 resp. dem 4. SED-Statut von 1963. 2. Der Ehrenpräsident erhielt in Präsidium und Vorstand lediglich beratende Stimme. Öffentliche Reden und Erklärungen hatte er sich zuvor im Präsidium bzw. den zuständigen Referaten genehmigen zu lassen. Zwar sollte er einen politischen Mitarbeiter und eine Sekretärin zugeordnet erhalten, aber im Kern sollte Reimann mit dieser Regelung an die goldene Kette gelegt werden. Am 9. November 1971 war der Präsidiumssekretär Karl-Heinz-Schröder nochmals zur Berichterstattung im ZK der KPdSU in Moskau. Schröder wies auf die Unmöglichkeit hin, die KPD öffentlich die Einstellung ihrer Tätigkeit erklären zu lassen. Die Russen lenkten ein, erbaten jedoch einen erläuternden Brief an die Bruderparteien. Anlaß des Moskau-Besuchs von Schröder war dieses Mal jedoch auch die Entgegennahme klarer politischer Anleitungen im Hinblick auf den Parteitag der DKP. Die Russen wünschten den Kampf um eine europäische Sicherheitskonferenz, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und die Truppenreduzierung aller europäischer Staaten („nicht der Blöcke“, wie insistierend hinzugefügt wurde) als Forderungspunkte im DKP-Programm für die Außenpolitik verankert zu sehen, und zwar in dieser Reihenfolge und ohne Junktim untereinander.¹²⁶ Und sie gaben taktische Empfehlungen im Umgang mit der Bundesregierung mit dem Tenor: Kritik in der Sache, aber keine persönlichen Angriffe gegen die Führungsfiguren der SPD. „Es bestehe keinerlei Veranlassung, vor der SPD oder der Regierung einen ‚Diener‘ zu machen. Vielmehr sei es notwendig, das Profil der DKP in allen Fragen weiter auszuarbeiten.“¹²⁷

Damit waren alle entscheidenden Weichen für die Parteitagsregie gestellt. Der eigentliche Gewinner des mühseligen Klärungsprozesses hieß Herbert Mies. Als stellvertretender Parteivorsitzender war er kraft Parteitagsbeschuß zugleich Leiter des Sekretariats und saß damit im Machtzentrum der Partei. Auch für die SED war er der Ansprechpartner. Die Beendigung der Tätigkeit der KPD fand auch darin ihren Ausdruck, daß der „Freiheitssender 904“ seinen Sendebetrieb einstellte. Die DKP existierte nun in der Zwitterform, wie sie die SED für ihre Westpolitik benötigte: Als ein disponibler Apparat mit einem Stamm von 5–6000 Parteiaktivisten, der der Anleitung der SED unterstand, nicht zuletzt, weil er von ihr finanziert wurde. Dieser verdeckte Apparat, für die

126 12. November 1971. Information des Genossen Karl Heinz Schröder, Sekretär des Präsidiums des Parteivorstands der DKP, über ein Gespräch mit Genossen im ZK der KPdSU. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IVA2/2.028–17.

127 Ebda.

Russen zugleich ein Garant gegen antirevisionistische Verführungen der Partei, machte den „internationalistischen“ Teil der Partei aus. Sein innerparteiliches Macht- und Befehlszentrum war das neugebildete Sekretariat. Dieser Apparat war umgeben von dem cordon sanitaire der DKP als Mitgliederpartei, als Wahlwettbewerber und als normaler Teilnehmer an der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft. Dieser Seite entsprachen die legalen Parteistrukturen nach dem Parteiengesetz mit Vorstand und Präsidium an der Spitze. Die Aufgabe der neuen Sekretariatsspitze war es, die ineinander verflochtenen, teilweise widersprechenden Anforderungen an die Partei zu vermitteln und diese eigenartige Gesamtkonstruktion der Partei aufrecht zu erhalten. Es war daher kein Wunder, daß auch in der DKP mit der Selbstauflösung des „internationalistischen“ Sowjetimperiums die zentrifugalen Kräfte die Oberhand gewannen über die zentripetalen.

III. *Zum apparativen Verhältnis von SED und DKP*

1. *Anleitung und Kontrolle*

Ein wichtiger Punkt in allen Auseinandersetzungen mit der DKP war immer wieder die Frage nach ihrer inneren Abhängigkeit von, wenn nicht gar Fernsteuerung durch die SED. In der kommunistischen Begriffsnomenklaturl wird dieser Sachverhalt als „Anleitung und Kontrolle“ bezeichnet.

Hinter diesen Begriffen verbirgt sich ein besonderes kommunistisches Führungsprinzip des demokratischen Zentralismus zwischen unterschiedlichen hierarchischen Ebenen. Die Frage ist nun, ob man davon ausgehen kann, daß die DKP im selben oder in ähnlichem Maße weisungsgebundenen gegenüber der SED-Führung war wie eine ZK-Abteilung oder eine Bezirksleitung.

Formell trifft dies sicherlich nicht zu. Die DKP galt als eine selbständige Partei und seit 1971 als der anerkannte Vertreter der kommunistischen Weltbewegung in der Bundesrepublik. Das bedeutete, daß Beschlüsse des SED-Politbüros nicht automatisch in die Parteigliederungen der DKP „durchgestellt“ werden konnten, wie Honecker dies für die SED auszudrücken pflegte. Dies verhinderte jedoch nicht, daß sich im Laufe der Zeit ein Stil des devoten Anleitungserbittens zwischen DKP und SED entwickelte. Schon im Vorfeld wichtiger Entscheidungen suchten der Parteivorsitzende Bachmann, viel öfter aber sein Stellvertreter Mies oder andere Präsidiumsmitglieder die SED-Führung zu Konsultationen und Abstimmungsberatungen auf, um schon im Vorfeld von Entscheidungen jegliche Konfliktmöglichkeit auszuschalten.

So seltsam es klingen mag angesichts der rasselnden Klassenkampfretorik nach außen: nach innen erweisen sich kommunistische Machtapparate als außerordentlich konfliktscheu, wobei sie freilich im Entscheidungsfall dem

Unterlegenen auch noch die moralische Schuld für den Konflikt an sich zuschieben. Dieser akzeptiert in der Regel die Spielregeln und übt Selbstkritik. Dies scheint jedoch auch eine Generationenfrage gewesen zu sein. Während Reimann wie Ulbricht noch hochdramatische Konflikte inszenierten, pflegte Mies von der DKP-Seite aus einen entschiedenen Konfliktvermeidungskurs. Mehrfach reiste er kurzfristig nach Ost-Berlin oder schickte handgeschriebene Briefe mit absoluten Interna an das ZK der SED, nur um durch persönliches Erscheinen oder persönliche Mitteilung auch nicht den Schatten eines Zweifels an seiner Loyalität gegenüber der SED entstehen zu lassen.

In der in diesem Gutachten betrachteten Periode von 1969 bis 1980 stattete der stellvertretende Parteivorsitzende und Leiter des Sekretariats, seit 1973 Parteivorsitzende der DKP, Herbert Mies, dem ZK der SED einschließlich dessen Generalsekretär nicht weniger als 58 persönliche Besuche ab – jedenfalls insoweit dies die bisher vorliegenden Akten belegen. Die Zahl dürfte sich also noch erhöhen. Abgesehen davon sind zu 22 Terminen Besuche anderer Präsidiumsmitglieder im ZK der SED in den Akten nachgewiesen, 18 Mal erschienen ZK-Abgesandte bei der DKP in der Bundesrepublik, aber nur 10 Mal gab es Kontakte auf beiden erwähnten Ebenen zwischen der DKP und der KPdSU. Die Beratungsstränge der DKP liefen eindeutig nach Ost-Berlin, und sie lagen in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle zeitlich vor denen mit den Russen. Hier wurden auch die Prioritäten deutlich.

Seit Anfang der 70er Jahre, d.h. mit Beginn der Ära Honecker, gab es eine deutliche Veränderung im Anleitungsverhalten der SED. Mehr und mehr wurden wichtige Entscheidungen der DKP-Gremien zur direkten Sache des Generalsekretärs. So griff Honecker z. B. direkt in die konzeptionelle Vorbereitung des Hamburger Parteitages der DKP von 1973 ein, 1976 korrigierte er höchstpersönlich den Entwurf einer Parteivorstandsrede von Mies, 1977 erarbeiteten Mies und der Leiter der Westabteilung im ZK, Herbert Häber, gemeinsam in Ost-Berlin das Parteiprogramm zum Parteitag 1979; Honecker brachte daran seinerseits massive Korrekturen an, bevor der Entwurf sodann erst den Russen zur Billigung vorgelegt wurde; 1978 entwarf Honecker vor Mies in zwei Treffen die Linie des Mannheimer Parteitages; 1980 erbat Mies regelrecht die Anleitung durch Honecker zur Formulierung der Wahlstrategie der DKP. Die Liste der Beispiele ließe sich fast beliebig vermehren. Turnusmäßig kam es auch vor, daß Mies mit den DKP-Bezirksvorsitzenden Sitzungen in Ost-Berlin abhielt.

Seit Mitte der 70er Jahre gab es von Seiten des ZK-Apparates nicht nur eine zunehmende Zahl von Besuchen in der Bundesrepublik. Diese Besuche wurden unter Herbert Häber geradezu zu einem Instrument der Instruktion entwickelt. Es war auch Häber, der im Vorfeld des Landtagswahlkampfes anlässlich einer derartigen Reise nach Nordrhein-Westfalen den begriff dafür prägte: „Um zu vermeiden, daß diese Reise als eine Art Instruktoreinsatz zur

DKP erscheint, würde ich zu Beginn unsere Vertretung in Bonn aufsuchen.“¹²⁸ Häber inspizierte 1977 auch höchstpersönlich eines der bekanntlich viel Geld verschlingenden UZ-Pressefeste. Strategische politische Konzepte wie z. B. Wahlkonzepte zu Bundestagswahlen oder Bündniskonzepte wie z. B. in der Anti-Nachrüstungskampagne zum taktischen Umgang mit der Bewegung der Umwelt-Bürgerinitiativen kamen in der Regel aus dem ZK-Apparat und wurden erst dann in „Beratungen“ der Parteispitze der DKP bekannt gemacht und von dieser übernommen. Während der großen politischen Krisen des Ostblocks wie der Niederschlagung des Prager Frühlings, während der Unruhen in Polen 1970 und der Solidarnosc-Bewegung 1980, konnte die SED fast blind auf die Vasallen-Treue ihrer westdeutschen Genossen bauen. Die gleiche Treue galt auch gegenüber den eurokommunistischen Versuchungen durch die großen zeitweise sehr erfolgreichen KP's aus Südeuropa. In diesen Fällen mußte die DKP nicht erst auf die richtige Linie gebracht werden. 1980 gar glänzte der DKP-Vorsitzende Mies durch eine eigenständige Heldenleistung gegenüber den aufsässigen polnischen Kommunisten: Er schickte ein Protestschreiben an den polnischen Botschafter in Bonn und verwahrte sich dagegen, daß der KP-Reformer Rakowski sich freimütig und natürlich unzensiert in westdeutschen Medien über die polnische Krise zu äußern gewagt hatte, obwohl nach den ungeschriebenen Gesetzen der orthodoxen Kommunisten hierfür die nationale KP des jeweiligen Landes, also die DKP mit der „UZ“ zuständig gewesen wäre. Folglich drohte Mies dem Botschafter (!) und nicht etwa Rakowski an, daß Dinge gesagt worden wären, „die unsererseits nicht unwidersprochen bleiben können.“¹²⁹

Auf die „Selbständigkeit“ der DKP zur Ulbricht-Zeit warf ein anderer interner Vorgang bezeichnendes Licht. Als während der sog. September-Streiks 1969 in der Bundesrepublik die DKP-Führung sich auf einer Tour nach Warschau und Moskau befand, verlangte Ulbricht den Abbruch der Reise noch vor dem Moskau-Aufenthalt und setzte sich durch: „Bei ihrer Rückkehr aus Warschau akzeptierten die Genossen Bachmann und Mies die Argumente für eine Verschiebung der Aussprache mit der KPdSU und teilten dem ZK der KPdSU über die hiesige Botschaft ihre Absage und ihre Begründung dafür mit“¹³⁰, konnte die ZK-Abteilung zufrieden ins Politbüro der SED melden. Die vorliegende Expertise muß es bei diesen exemplarischen Belegen bewenden lassen.

8. Empfehlung: Es wäre sicherlich sehr fruchtbar und empfehlenswert, diesen Sachverhalt durch eine deatillierte Strukturanalyse über die ganze Zeitachse

128 SED-Hausmitteilung, Westabteilung an Genossen Erich Honecker, 7.1.75. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–501.

129 Wortlaut des Briefes von Genossen Herbert Mies an den Botschafter der VR Polen, Chylinski, vom 3.9.1980. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–503.

130 SED-Hausmitteilung, „Arbeitsbüro“ an Genossen Matern, 19.9.69, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–4.

von 1968 bis 1989 zu klären. Hängt doch von diesen Ergebnissen in erster Linie ein letztendliches Urteil darüber ab, wie selbständig die DKP nun wirklich war. Nach Meinung des Gutachters deuten die meisten Indizien jedoch darauf hin, daß es sich bei der DKP um einen substanziell weisungsgebundenen Apparat der SED mit einer gewissen formellen Selbständigkeit gehandelt hat, die den von der SED nicht beeinflussbaren Existenzumständen geschuldet war.

2. *Sonderverhältnisse zwischen SED und DKP*

Zu den Sonderverhältnissen zwischen beiden Parteien gehört sicherlich die abgestimmte Abschirmung der illegalen und konspirativen Tätigkeit auf dem Territorium der Bundesrepublik. Wie bereits erwähnt wurden hierzu so gut wie keine Aktenfunde gemacht.

Die wenigen Hinweise, die sich in den Akten von „Arbeitsbüro“ und Westabteilung dennoch verloren, geben einige interessante Hinweise auf DKP-Interna.

1. In der internen Information Nr. 73 informierte am 9.1.1969 die ZPKK der KPD Politbüro und Sekretariat über den Parteitag der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten mit Interna, die auf einen Beobachter vor Ort hindeuten. Daß eine maoistische Konkurrenzorganisation fast gleichen Namens den besonderen Argwohn der KPD/DKP-Funktionäre hervorrief, war eigentlich nicht ungewöhnlich. Bemerkenswert war jedoch, daß die ZPKK als eine Art Parteigeheimdienst offensichtlich auch für außerparteiliche „Aufklärungsarbeit“ in „Feindesland“ zuständig war und darüber ihren Gremien berichtete. Dies gibt möglicherweise auch Hinweise auf Strukturen und Usancen innerhalb der DKP.

2. Am 2.2.73 informierte Mies in einem Brief Honecker und Norden über einen schweren Disziplinarfall. Ein Präsidiumsmitglied und ein Mitglied des Sekretariats wurden den schweren Verstoßes gegen die Sicherheitsbestimmungen beschuldigt, weil sie offensichtlich Kaderunterlagen und vertrauliche Sitzungsunterlagen preisgegeben hatten. Beide wurden ihrer Funktionen entbunden und verwarnt. Um die völlige Offenlegung des Sachverhalts vor dem Parteivorstand zu vermeiden, wurde ein Ausschluß aus dem Parteivorstand, den Reimann in einem persönlichen Gespräch mit Mies gefordert hatte, umgangen. Beide Beschuldigten wurden jedoch von den folgenden Parteivorstandstagen ausgeschlossen. Im Präsidiums-Beschluß stand die altbekannte Formel: „Sie [die betroffenen Genossen] haben dieser erzieherischen Konsequenz vollkommen zugestimmt und sie als richtig und notwendig gebilligt.“¹³¹ Der Beschluß selbst wurde vertraulich behandelt und nicht veröffentlicht.

¹³¹ SED-Hausmitteilung, Westabteilung an Genossen Erich Honecker, 6.2.73. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202-500.

3. Am 31.1.1978 behandelte das Präsidium der DKP eine Vorlage über die „Entlarvung von Agenten und Provokateuren seit Konstituierung der DKP bis Dezember 1977.“¹³² Danach hatte man im genannten Zeitraum 91 „Agenten“ und „Provokateure“ entlarvt, von denen man 2 dem Bundesamt und 39 den Landesämtern für Verfassungsschutz, 9 der politischen Polizei, 8 dem militärischen Abschirmdienst, 4 dem BND, 3 ausländischen Geheimdiensten und 4 dem Nachrichtendienst der CDU zuordnete. Bei 23 der 91 konnten Kontakte zu Geheimdiensten oder zu „antikommunistischen Zentralen“ jedoch nicht nachgewiesen werden. Alle Verdächtigten waren kaum länger als 2 Jahre in der Partei, mehr als die Hälfte (47) bekleideten innerparteiliche Funktionen vor allem als Gruppenvorstände, einige jedoch auch auf höheren, zum Teil höchsten Ebenen.

4. Im März 1978 berichtete der Sekretär des Parteivorstands über 97 Parteiordnungsverfahren im Jahre 1977, von denen 2/3 abgeschlossen und 1/3 mit Ausschluß endeten.¹³³ Für den Zeitraum von 1969 bis 1977 errechnete man nun insgesamt 277 Ausschlüsse.

5. Im Dezember 1979 hatte die DKP mit einer für sie dubiosen Flugblattaktion eines „Leverkusener Kreises“ von DKP-Mitgliedern zu kämpfen, die sich angeblich an der Karl-Liebknecht-Schule, der Parteischule der DKP, kennengelernt haben wollten und nun Stimmung gegen eine unterwürfige, SED-hörige und bestechliche Parteiführung machten. Auf der 4. Parteivorstandstagung hielt der Vorsitzende der Zentralen Schiedskommission der DKP, Günter Weiß, eine Rede, in der er diesen Vorgang als Provokation des Verfassungsschutzes darstellte.

Hier geht es freilich weniger um eine Verifizierung des Vorgangs oder der Vorwürfe, sondern um die Feststellung der Tatsache, daß der Vorsitzende der Schiedskommission für die Aufklärung und Gegnerabwehr zuständig ist.

6. Im Dezember 1979 wurde erneut ein Präsidiumsmitglied, zugleich Bezirksvorsitzender, von seinem Amt suspendiert. Ihm wurden antisowjetische Ausfälle in betrunkenem Zustand vorgeworfen. Die Strafmaßnahme wurde durchgesetzt, obwohl der Betreffende sich auf eine Hausmacht in seinem Parteibezirk stützen konnte. Auch hier lag ein devotes Selbstbeichtigungsschreiben in bester stalinistischer Manier des Betroffenen nicht nur vor, sondern auch in den Akten der SED! Darin bescheinigte er sich „einen ungesunden persönlichen politischen Ehrgeiz ... und eine Mißachtung der Kollektivität durch Selbstherrlichkeit bis hin zur Anmaßung politischer Eigenmächtigkeiten“.¹³⁴ Immerhin brachte dies dem Betroffenen noch die Versetzung in die zentrale Wahlkampfleitung zur Bundestagswahl ein.

132 März 1978. Entlarvung von Agenten und Provokateuren seit der Konstituierung der DKP bis Dezember 1977. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–502.

133 DKP Parteivorstand. 17.3.1978. An das ZK der SED. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–502.

134 5. Dezember 1979. Information. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–502.

7. Im April 1980 lag der Westabteilung erneut eine Information der DKP zu Parteiordnungsverfahren im Jahre 1979 vor.¹³⁵ Danach hatte es 1979 46 Parteiordnungsverfahren gegeben nach 64 im Jahre 1978. 15 Verfahren endeten 1979 mit Ausschluß, sieben mit dem Austritt. Über die Hälfte der davon Betroffenen bekleidete Funktionen in Gruppenvorständen und auf Kreisebene. Höhere Parteiebenen wurden nicht erwähnt. Wieder sollen sich 6 „Agenten“ und „Provokateure“ darunter befunden haben.

8. Am 31.3.1982 verfaßte die zentrale Schiedskommission der DKP den entsprechenden Überblick für das Jahr 1981.¹³⁶ Danach war die Zahl der Verfahren insgesamt weiter zurückgegangen (27), ebenso die Zahl der Ausschlüsse (17). Wie schon 1979 und 1980 hatte es keine Ausschlüsse mehr wegen politisch gegensätzlicher oder feindlicher Positionen gegeben, wohl aber einen Anstieg in der Anzahl ausgeschlossener „Agenten“ und „Provokateure“. Erstmals machte sich der Bericht jedoch Gedanken darüber, ob Ausschlossene nicht andernorts den Wiedereintritt versuchten und ob nicht die den Parteiordnungsverfahren Unterworfenen einer systematischen Ausforschung über „Arbeitsweise, Methoden, Hintermänner, Zeitraum der Agententätigkeit usw.“ zugeführt werden sollten. Ob hier nun ein Verschwörungssyndrom bei den Verantwortlichen vorlag oder nicht; man wollte sich in „echter“ geheimdienstlicher Tätigkeit versuchen jenseits aller datenschutzrechtlichen Vorschriften, denen diese Partei formell ja unterlag.

3. *Finanzierung und Finanzquellen*

Ein weiterer Punkt des Gutachtauftrages lautete, angesichts der neuen Materiallage das Augenmerk auf erweiterte Möglichkeiten zu richten, das Finanzgebaren der DKP stärker als bisher zu erhellen.

Die weitestgehenden Untersuchungen über Finanzgebaren und Finanzquellen der DKP liegen in den Arbeiten von Karlheinz Winkler und Göttrik Wewer vor. Während Winkler eine Schätzung des erforderlichen Etats auf der Grundlage der sichtbaren ausgabenwirksamen Aktivitäten der DKP vornimmt und von daher die These von der „100-Millionen-Partei“ aufstellt, schildert Wewer Details der finanztechnischen Abwicklung und lenkt den Blick vor allem auf die Auslandsfirmen als die „Bankschalter der SED“, an denen die DKP ihre Schecks einlöste. Die Arbeit von Wilke u. a. gibt einen zusammenfassenden Überblick vom Stand 1990 zu Beginn der sich öffnenden Archive.

135 Westabteilung. im April 1980. Information zu Parteiordnungsverfahren 1979 in der DKP. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–503.

136 Zentrale Schiedskommission. 31.03.1982. Vorlage. Betr.: Information über Parteiordnungsverfahren und Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte im Jahr 1981. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/10.02–8.

Aus dem ersten und zweiten Teilbericht des Schalck-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages sind nun eine Reihe zusätzlicher Details bekannt geworden, die die in den angegebenen Arbeiten aufgestellten Thesen weitgehend stützen. Auf die folgenden Dokumente ist in diesem Zusammenhang aufmerksam zu machen:

Dokument 142: „Ordnung für die einheitliche Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der Firmen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern, die sich im Eigentum der SED befinden.“¹³⁷ Die „Ordnung“ legt u. a. fest, wie die fingierten Arbeitsverhältnisse der „in den Firmen verankerten Berufsrevolutionäre“ vor den Behörden abzusichern sind. Dabei wird auf die „bisherige Praxis“ verwiesen, wonach „der Leiter der Abteilung Verkehr Vorschläge für Geschäftsführer und Prokuristen der Firmen unterbreitet, die DKP-Mitglieder sind.“ Es wird auch auf die Praxis von Sonderzuwendungen für die „Bruderparteien“ verwiesen: „Auf Vorschlag der Bruderparteien, wie DKP, SEW u. a. werden diesen Parteien bestimmte Geschenke in Spendenform für Pressefeste, Parteitage usw. in Abstimmung mit der Abteilung Verkehr und des Staatssekretariats für Kommerzielle Koordination zur Verfügung gestellt.“ „Die Druckereien HESKA GmbH, Hainburg und HESKA-PORTUGUESA in Lissabon sowie Druckerei und Verlag GmbH Plambeck & Co. werden wie bisher von der Abteilung Verkehr betreut.“ Heska und Plambeck gehörten zum Medienimperium der SED und stellten u. a. die sog. Messe-Magazine her, in denen westliche Ausstellungsinteressenten an den DDR-Messen mit überhöhten Inseratspreisen Geld für die DKP mobilisieren halfen. Aus dem Dokument angefügten Leseabschrift von Anlagen geht hervor, daß von der DKP, der Redaktion „UZ“ und dem Bundesvorstand der SDAJ genutzte Immobilien SED-Parteivermögen waren und durch Firmen des Bereichs Kommerzielle Koordination verwaltet wurden.

Dokument 202 gibt für das Jahr 1988 eine Abrechnung der Valutaeinnahmen der SED-Firmen wieder.¹³⁸ Daraus ist u. a. ersichtlich, daß die Parteizeitung „UZ“ eine jährliche Subvention von 12 Mio DM erhielt. Karlheinz Winkler hatte mit seiner indirekten Schätzmethode für das Jahr 1975 einen jährlichen Fehlbetrag von lediglich 2,6 Mio DM errechnet. Diese Differenz kann nicht allein preissteigerungsbedingt erklärt werden.

Dokument 243 beleuchtet im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 die Praxis der SED, am DDR-Geschäft interessierte westliche Firmen für Spenden zur Finanzierung des DKP-Wahlkampfes heranzuziehen.¹³⁹ Auf diese Weise gelang es innerhalb weniger Monate, mehr als 760.000,- an Spenden für den Wahlkampf der DKP zu mobilisieren, wie Schalck-Golodkowski in

137 Deutscher Bundestag: Erste Beschlußempfehlung und erster Teilbericht..., BT-Drucksache 12/3462, S. 1085 ff.

138 a.a.O., S. 1500 ff.

139 Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 1760 ff.

einem an Honecker gerichteten Informationsschreiben berichtete.¹⁴⁰ Wie ein zusätzlicher handschriftlicher Vermerk auf dem Dokument 243 belegt, ergab sich jedoch die Schwierigkeit, „daß sich die meisten westdeutschen Firmen unter dem Druck des Bundesverfassungsschutzes weigern, offene Spenden unter ihrem Namen auf die Konten des DKP-Parteivorstandes zu überweisen. Trotz dieser Lage wurden die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung dieses Auftrages sofort eingeleitet. Es wird für nützlich erachtet, solche politisch wichtigen Maßnahmen etwas langfristiger anzukündigen, um optimale Ergebnisse erreichen zu können.“¹⁴¹

Ausdrücklich wird in dem Dokument der vierfache Zweck derartiger Firmen Gründungen noch einmal resümiert: Sie gaben die legale Basis ab für die Beschäftigung hauptamtlicher Parteikader, sie sollten die legale Inserierung in der Parteipresse und anderen Publikationen und die legale Überweisung von Geldspenden an die Partei ermöglichen sowie erlauben, Bargeldtransaktionen für die Partei durch ausgewählte Firmenangestellte abzudecken. In der Anhörung des 1. Untersuchungsausschusses wurden diese Angaben durch den Zeugen Ahrend vom Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigt. Nach seinen Aussagen hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz Erkenntnisse, daß die Geschäftsführer der Parteifirmen die Geldkurier der DKP waren, und zwar auch für ganz erhebliche Bargeldbeträge.¹⁴² Diese Aussage wurde nicht nur durch die Angaben des Zeugen Wildenhain, ehem. Leiter der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe gestützt, sondern auch durch die publizierte Großspenderliste der DKP.¹⁴³ Danach waren die drei größten privaten Einzel-„Spender“ der DKP in den Jahren 1986 bis 1988, die der Partei insgesamt 2,7 Mio. DM zukommen ließen, zugleich Geschäftsführer in SED-Firmen.¹⁴⁴ Eindeutige Belege hierfür ergeben sich aus dem zweiten Teilbericht des Schalck-Ausschusses.¹⁴⁵

Ein anderer Umstand deutet jedoch auf noch erheblichen Aufklärungsbedarf hin. Es wurden und werden außerordentlich differierende Angaben um den Gesamtumfang der jährlichen Finanztransfers gemacht. Karlhein Winkler ging auf der Grundlage seiner externen Schätzmethode von einem jährlichen Gesamtetat der Partei incl. Neben- und Vorfeldorganisationen von rund 100 Mio. DM aus, wovon die Partei 5–6 Mio. DM aus eigenem Aufkommen

140 Information über den Stand der Spendenaktion DKP, abgezeichnet „EH. 25.8.76“. Kopie liegt dem Gutachter vor.

141 Deutscher Bundestag, ebda.

142 1. Untersuchungsausschuß, Anhörung am 28.10.1933.

143 Diese Angaben sind für die Jahre 1970–1988 zusammengestellt in: Wilke u. a.: Die DKP, a.a.O., S. 140 ff.

144 Es handelt sich um den DKP-Mitbegründer Wilhelm Schwettmann sowie um die Geschäftsführer Georg Gattel und Walter Welker.

145 Zweite Beschlußempfehlung und zweiter Teilbericht, a.a.O., III. Beschreibung der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Unternehmen, S. 80 f. Alle drei waren für Unternehmen der Firmengruppe Wittenbecher & Co. tätig.

aufgebracht habe. Der Zeuge Wildenhain gab jährliche Zuwendungen an die DKP in Höhe von 50 bis 60 Mio. DM und an die SEW in Höhe von 12 bis 15 Mio. DM an, die aus seinem Bereich nach bestätigten Jahresplänen an die beiden Parteien flossen. Zusätzliche Finanztransfers aus anderen Quellen mochte er nicht ausschließen. Der Zeuge Ahrend gab an, daß nach seinem Kenntnisstand die Beitragsmoral der DKP-Mitglieder außerordentlich zu wünschen übrig ließ und daher in Wirklichkeit als minimal und weit unterhalb der offiziellen Angaben der Partei einzuschätzen sei. Danach wäre der Anteil der Fremdfinanzierung am Gesamtetat der DKP auf über 95% anzusetzen gewesen bei einem geschätzten Etatvolumen von ca. 80 Mio. DM.

Betrachtet man im Gegensatz zu dieser Quellenlage die tatsächliche Auskunftskraft der bislang im Bundesarchiv zugänglichen Materialien, so läßt sich deren Aussagebereich folgendermaßen eingrenzen:

Die im ZK-Sekretariat beschlossenen Gesamtfinanzpläne der SED geben zwar summarisch die Aufwendungen für die Westarbeit an, jedoch nur in Mark der DDR, und d.h. für jene Teile, die als Personal- oder in der DDR erbrachte Sachaufwendungen dort ausgabewirksam wurden. Sämtliche Transfers, und das wären die im Rahmen dieser Expertise interessanten Informationen gewesen, sind in einer solchen Bilanzierung nicht erfaßt, sondern wurden getrennt und in der Regel verdeckt abgewickelt.

Der Vergleich der Aussagekraft dieser wenigen Angaben belegt, daß die entscheidenden Quellen bislang alle außerhalb des bis dato gesichteten Quellenbestandes im ehem. SED-Parteiarchiv zu lokalisieren gewesen sind. Hinweise darauf, daß aufgrund ungesichteter Materialien hier eine dramatische Trendwende zu erwarten wäre, haben sich bisher nicht ergeben.

9. Empfehlung: Aus den genannten Gründen wäre es ratsam, zu einem späteren Zeitpunkt in einer gesonderten Expertise die bis dahin disparat angefallenen Erkenntnisse über das Finanzwesen der SED im Verhältnis zur DKP zusammenzuführen und dabei insbesondere die folgenden, z.T. bereits erwähnten Quellen heranzuziehen:

1. Teilberichte des 1. Untersuchungsausschusses
2. Auskünfte der Unabhängigen Kommission Vermögen der Parteien und Massenorganisationen und der Treuhandanstalt
3. Auskünfte des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit
4. Die beim PDS-Vorstand gelagerten KPD- und DKP-Archivalien

Schlußbemerkung

Als Resümee dieser notwendig nur sehr skizzenhaften gutachterlichen Darlegungen läßt sich formulieren, daß für den Gegenstandsbereich DKP eine dramatische Verbesserung der Quellenlage festzustellen ist, die dringend Anlaß zu weiteren Recherchen und Forschungen bieten sollte. Dabei geht es nicht nur darum, die Intentionen und zeitgeschichtlichen Funktionsumstände dieses politischen Interventionsapparates auf dem Territorium des – aus SED-Sicht – westdeutschen Konkurrenzstaates zu verstehen. Soll das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten mehr sein als eine taktisch instrumentalisierbare Floskel, dann ermöglichen derartige Untersuchungen Beiträge zu einer Reflexion über die zulässige Bandbreite der Gegnerbeeinflussung und über Grundsätze der politischen Kultur in einer demokratischen Gesellschaft. Die Mitgliederzahlen der DKP mögen aufs Ganze betrachtet unbedeutend geblieben sein. Für die politikwissenschaftliche Extremismusforschung ist es allemal von Bedeutung, bewußt zu machen, wie es extremistischen Organisationen gelingt, bei ihren Mitgliedern eine Immunsierung hinsichtlich der Einhaltung demokratischer Spielregeln durchzusetzen und trotzdem Berührungspunkte Außenstehender ihnen gegenüber abzubauen.

10. Empfehlung: Aus denselben genannten Gründen wäre daher auch dringend zu empfehlen, eine Expertise zu denselben Untersuchungsfeldern für den SED-Ableger in West-Berlin, die SEW in Auftrag zu geben.

Der Auftrag dieses Gutachtens war auf die Themenfelder Parteigründung und Vertragspolitik sowie zentrale Anleitung und Finanzierung eingegrenzt worden. Es sollte jedoch nicht verabsäumt werden, auf weitere Untersuchungsfelder hinzuweisen, für die die bis jetzt vorgenommene Materialsichtung ebenfalls eine deutliche Verbesserung der Quellenlage ergeben würde:

- Bündnis- und Wahlbündnispolitik
- Jugendarbeit
- Studentenarbeit
- Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
- Presse- und Publikationswesen
- Good-will-Propaganda für die DDR vor allem im Bereich des Kulturbetriebs
- DKP als Reisebüro für westdeutsche Besuchsdelegationen
- Instrumentalisierung des bundesdeutschen Hochschulausbildungs- und Prüfungswesens

Ausgewählte Literatur

Im folgenden eine Übersicht über die wichtigste Literatur zum Gegenstand (ohne Presseberichte):

- Heinrich Appelhans u. a.: Die DKP – Keine Alternative für Demokraten. Reihe praktische Demokratie, herausgeg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn-Bad Godesberg 1975.
- Helmut Bärwald: Die DKP – Ursprung, Weg, Ziel. 2.A.. Bonn 1969.
- Alexander von Brünneck: Politik und Verfolgung der KPD seit 1948, in: Die Linke im Rechtsstaat, Bd. 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945–1965, Red.: Berhard Blanke u. a.. Berlin 1976.
- ders.: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968. Frankfurt/Main 1978.
- Der Bundesminister des Innern (Hrsg.): div. Verfassungsschutzberichte. Bonn.
- Deutscher Bundestag: Erste/zweite Beschlußeempfehlung und erster/zweiter Teilbericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes (KoKo-Ausschuß), Bundestagsdrucksachen 12/3462 vom 14.10.92 und 12/3920 vom 9.12.92.
- Georg Fülberth: KPD und DKP. 1945–1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung. Heilbronn 1990.
- Gert-Joachim Glaebner: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates. Opladen 1977.
- Siegfried Heimann: Die deutsche Kommunistische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch, Bd. 1. Opladen 1984.
- Helmut Holtorp: Schicht, Schluck, Abstich, Arbeitskampf. Zwanzig Jahre am Hochofen. Ein Arbeiter berichtet. Herausgegeben, eingeleitet und illustriert von Herbert Kuehl. Hamburg 1982.
- KPD 1945–1965. Abriss, Dokumente, Zeittafel, mit einem Geleitwort des Ersten Sekretärs der ZK der KPD, Max Reimann. Dietz Verlag Berlin 1966.
- Klaus Kellmann: Die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Entwicklung zur Sozialdemokratie oder Sekte? Stuttgart 1988.
- Hans Kluth: Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945–1956. Köln und Opladen 1959.
- Herbert Kuehl: Die Gewerkschaftspolitik der KPD von 1945 bis 1956. Die Rolle der Parteimitglieder in betrieblichen Konflikten – im Schwerpunkt dargestellt anhand des Hamburger Werftarbeiterstreiks von 1955. Junius Verlag Hamburg 1981.
- Wilhelm Mensing: Maulwürfe im Kulturbeet. DKP-Einfluß in Presse, Literatur und Kunst. Zürich/Osnabrück 1983.
- ders.: Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe. In Zusammenarbeit mit Manfred Wilke. Zürich 1989.
- ders.: Wir wollen unsere Kommunisten wiederhaben . . . Demokratische Starthilfe für die Gründung der DKP. In Zusammenarbeit mit Manfred Wilke. Zürich 1989.
- Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei. Bonn-Berlin 1992.
- Gero Neugebauer: Partei und Staatsapparat in der DDR. Opladen 1978.
- Peter Schütt: Mein letztes Gefecht. Abschied und Beichte eines Genossen. Böblingen 1992.
- Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Berlin 1993.
- Dietrich Staritz: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch Bd. 2. Opladen 1984.
- Richard Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch, 2 Bde. Opladen 1984.
- Gerd Walter: Theoretischer Anspruch und politische Praxis der DKP. Eine Analyse am Beispiel der Betriebsarbeit. Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, herausgeg. von Heino Kaack, Bd. 3. Meisenheim am Glan 1973.
- Göttrik Wewer: Kommunistische Unternehmungen in der Bundesrepublik. Eine wenig beachtete Finanzierungsquelle, in: Beiträge zur Konfliktforschung 1/1986, S. 87 ff.

- Manfred Wilke/Hans-Peter Müller: SED-Politik gegen die Realitäten. Verlauf und Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961 bis 1972. Köln 1990.
- Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant: Die deutsche Kommunistische Parte (DKP). Geschichte, Organisation, Politik. Köln 1990.
- Karlheinz Winkler: Die Geldquellen der DKP. Köln 1978.
- Wir sind klassenbewußte Menschen und keine Marionetten... Die Salami-Taktik der DKP oder: Der Fall des Arbeiters Karl Ludwig, in: kritik, Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr. 18, 6. Jg. 1978, S. 4 ff.

Zusammenfassung

Der Auftrag an den Gutachter lautete, zu der durch die neue Quellenlage [Zugänglichkeit zu den SED-Akten in der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO-BArch)] gegebenen Möglichkeit der Schließung von Forschungs- und Kenntnislücken anhand von vier Problemfeldern, begrenzt auf den Zeitraum 1968 bis 1980, Stellung zu nehmen.

Dabei wurde zunächst von folgender, sich im Untersuchungsverlauf bestätigender Arbeitshypothese ausgegangen: Die DKP war faktisch ein Bestandteil des West-Apparates der SED. Aus SED-Sicht bedeutete die DKP die apparative Absicherung einer unverzichtbaren politischen Handlungsoption. Alle übrigen Probleme der DKP als bundesdeutsche Mitgliedspartei sind demgegenüber zweitrangig gewesen.

Die hiermit vorgenommene Prüfung hat zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt.

1. Über bereits vorliegende Arbeiten hinaus erlaubt die neue Quellenlage zum Gutachtenkomplex „Gründung der DKP“ nun eine wesentlich verbesserte Dokumentation der internen Vorgänge vor, während und nach Gründung der DKP. Insbesondere sind wesentliche Fortschritte zu dem bislang unklaren Verhältnis zwischen DKP und KPD im Zeitraum von 1968 bis 1971 möglich. Die Skizze einer Darstellung erfolgt in den Teilen II.1 und II.3, jedoch nur insoweit, als neue Dokumente eine Klärung und Differenzierung zulassen. Eine neue Gesamtdarstellung war nicht Gegenstand dieses Gutachtens.
2. Entgegen der ursprünglichen Vermutung war für den Gutachtenkomplex „Vertragspolitik zur Bundesrepublik“ keine dramatische Veränderung der Quellenlage festzustellen. (Teil II.2) Aktivitäten der DKP waren hier vielmehr marginal.
3. Zum dritten Gutachtenkomplex „zentrale Anleitung und Kontrolle der DKP durch die SED“ hat sich die Materiallage entscheidend verbessert. Auf einige generelle Strukturen im Verhältnis beider Parteien wie auch auf

einige exemplarische Besonderheiten wird in den Teilen III.1 und III.2 eingegangen. Auffallend ist hier insbesondere die in vielen dokumentierbaren Fällen devot erbetene Anleitung der DKP durch die SED. Die neue Quellenlage ermöglicht somit nun dezidierte Studien zu den Verhaltensusancen zwischen kommunistischen „Bruderparteien“. Dies wäre freilich nur durch umfangreichere parteiensoziologische und politologische Untersuchungen zu leisten. Wesentliche Quellen zu den entscheidenden Kaderfragen wie auch zur politisch-operativen Einzelanleitung lagern vermutlich andernorts und sind noch weitestgehend unzugänglich.

4. Zum vierten Gutachtenkomplex „Finanzierung durch die SED“ hat sich die Quellenlage zwar erheblich verbessert, jedoch ganz überwiegend durch Funde außerhalb der Quellengrundlage dieses Gutachtens. (Teil III.3)

Da erhebliche Teile der für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand notwendigen Quellengrundlage entweder noch nicht zugänglich oder verschollen sind, wurden hilfsweise einige Hinweise über die Arbeitsweise der Apparate und Archive gegeben, verbunden mit einigen gutachterlichen Empfehlungen über Zusatz- und Nachrecherchen im Fall späterer Quellenfunde. Von zentraler Bedeutung wird hierbei die Entscheidung über das momentan unter Treuhand-Aufsicht stehende KPD- und DKP-Schriftgut sein. Die Grundposition des Gutachters hierzu ist in der Arbeitshypothese verankert. Das Gutachten selbst liefert eine Fülle von Einzelbausteinen zur Härtung dieser These. Einige rechtliche Hinweise sowie eine möglichst konkrete Benennung der Lücken in der Quellengrundlage komplettieren diesen Teil I des Gutachtens und intendieren darüberhinaus, die Enquête-Kommission in ihrem Herausgabeverlangen dieser Dokumente unbedingt zu bestärken.

Zur leichteren Auffindbarkeit sind die im jeweiligen Kontext gemachten gutachterlichen Empfehlungen auf Quellen- und Forschungsdesiderate fortlaufend durchnummeriert worden.

Das Gutachten mündet in das Ergebnis, daß durch die neue Quellenlage – neben allen Fortschritten auf dem Feld der Kommunismusforschung – Untersuchungen möglich werden, die Beiträge zu einer wissenschaftlichen und politischen Reflexion über die zulässige Bandbreite der Gegnerbeeinflussung und über Grundsätze der politischen Kultur in einer demokratischen Gesellschaft liefern könnten.